



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Starke Klein- und Mittelstädte: Städtebauförderung in ländlichen Räumen Kongress, 22. Juni 2010, Berlin

Dokumentation



Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen
Wohnen Stadt Land www.bmvbs.de Verkehr Mobilität Bauen Wohnen
Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung
Invalidenstr. 44, 10115 Berlin

Bearbeitung

FORUM – Huebner, Karsten & Partner
Katja Baumann
Klaus-Martin Hesse
Martin Karsten
Donnerschweer Str. 4, 26123 Oldenburg
www.forum-oldenburg.de

Gestaltung

Katja Baumann
Grafik-Design Andrea Heine-Jungblut
Titel: formsache - Gerlinde Domininghaus

Fotonachweis

Titelfoto: Petr Kovár
Weitere Fotos (sofern nicht anders angegeben): Dirk Michael Deckbar, Berlin

Übersetzung:

Smith Translation, Hildesheim

Oldenburg, September 2010

In Kooperation mit:



Bauministerkonferenz
Konferenz der für Städtebau, Bau- und
Wohnungswesen zuständigen Minister und
Senatoren der Länder (ARGEBAU)



**Starke Klein- und Mittelstädte:
Städtebauförderung in ländlichen Räumen
Kongress, 22. Juni 2010, Berlin**

Dokumentation

Inhalt

Kurzfassung	02
Short version	04

Begrüßung und Einführung

Perspektiven der Städtebauförderung in ländlichen Räumen	06
Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	

Die Sicht der Länder	12
Günter Kozlowski, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	

Wissenschaft und Praxis

Städtebauliche Herausforderungen in ländlichen Räumen	16
Dr. Hans-Peter Gatzweiler, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	

Stärken von Klein- und Mittelstädten: Eindrücke von der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010	24
Dr. Sonja Beeck, IBA-Büro GbR	

Gute Beispiele der Städtebauförderung in Klein- und Mittelstädten im Profil:	30	
Biberach an der Riß, Baden-Württemberg: Die Sanierung des mittelalterlichen Stadtkerns.....		32
Tirschenreuth, Bayern: Die Innenstadtentwicklung einer industriell geprägten Kleinstadt.....		35
Calau, Brandenburg: Die Entwicklung eines zentralen Schulstandortes.....		38
Eschwege, Hessen: Die Stadt-Umland-Kooperation im ländlichen Raum.....		41
Pirmasens, Rheinland-Pfalz: Die Revitalisierung von Industriebrachen und militärischen Liegenschaften.....		44
Silberberg, Sachsen: Der Städtebund aus fünf Städten und einer Gemeinde.....		47

Diskussion und Ausblick

Podiumsgespräch: Aufgaben der Städtebauförderung in ländlichen Räumen und das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“	50
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

Ausblick	56
Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin für Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	

Kurzfassung

Die 1971 zur Unterstützung strukturschwacher Kommunen bei der Bewältigung stadtentwicklungspolitischer Problemlagen eingeführte Städtebauförderung des Bundes und der Länder hat sich auch in den Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen Deutschlands als wirkungsvolles Förderinstrument erwiesen. Da sich die negativen Folgewirkungen der tief greifenden demografischen und strukturellen Veränderungen in besonderem Maße auf ländlich-peripher gelegene kleinere und mittlere Kommunen konzentrieren, wird in der Städtebauförderung in Zukunft ein besonderer Schwerpunkt auf die Unterstützung ländlicher Räume gelegt. Das neu aufgelegte Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, als Baustein der „Initiative Ländliche Infrastruktur“, hilft den Kommunen, sie als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für ihre Region zu sichern und zu stärken. Insbesondere kooperierende kleinere Städte und Orte in ländlichen und dünn besiedelten Gebieten sollen profitieren.

Um die künftigen Aufgaben der Städtebauförderung in ländlichen Räumen und das Profil des neuen Programms vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen zu diskutieren, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Kooperation mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag am 22.06.2010 einen Kongress mit dem Titel „Starke Klein- und Mittelstädte: Städtebauförderung in ländlichen Räumen“ veranstaltet. Mehr als 400 Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden sind der Einladung nach Berlin gefolgt.

Das Veranstaltungskonzept war dreigeteilt: Nach einer Einführung und Positionsbestimmung von Bund und Ländern durch Bundesminister Dr. Peter Ramsauer und Günter Kozlowski, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen als Vertreter der Bauministerkonferenz, folgten Fachbeiträge aus der Raumwissenschaft sowie Erfahrungsberichte der Stadterneuerungspraxis in Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen. Im dritten Veranstaltungsteil wurden Schlussfolgerungen für das neue Programm gezogen.

Begrüßung und Einführung

Einleitend zeigte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer die Perspektiven der Städtebauförderung in ländlichen Räumen auf. Angesichts der Folgen des demografischen Wandels unterstrich er die hohe Bedeutung kleinerer Städte und Gemeinden in ländlichen Räu-

men als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für die Region. Er erläuterte das Bestreben des Bundes in der Städtebauförderung, diese Kommunen bei der Bewältigung der schwierigen Herausforderungen verstärkt zu unterstützen. Hier setze das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“, als ein Baustein der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an. Ziel sei es, die zentralörtlichen Versorgungsfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der ländlichen Regionen für die Zukunft zu sichern und zu stärken. Überörtliche Kooperationen, die Bündelung mit anderen Fördermitteln und ein noch effektiverer Fördermitteleinsatz seien zudem notwendige Voraussetzungen für den nachhaltigen Erfolg der Maßnahmen.

Günter Kozlowski, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und Vertreter der Bauministerkonferenz, unterstrich in seiner Rede ebenfalls die besondere Rolle der Klein- und Mittelstädte in ländlich geprägten Regionen. Er hob hervor, dass Kommunen und die Träger von Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge neue Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung sowie maßgeschneiderte Konzepte benötigten, um die Versorgungs- und Lebensqualität in den Städten der ländlichen Räume auch in Zukunft zu sichern. Das neue Programm der Städtebauförderung könne ein Baustein sein, zentralörtliche Funktionen zu stärken und die Abwanderung zu stoppen. Es bedürfe jedoch einer effizienten Verzahnung mit anderen Förderansätzen für die ländlichen Räume.

Wissenschaft und Praxis

Die städtebaulichen Herausforderungen aus der wissenschaftlichen Perspektive wurden von Dr. Hans-Peter Gatzweiler vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung aufgezeigt. Herr Dr. Gatzweiler erläuterte, gestützt auf Informationen der laufenden Raumbeobachtung, in welchen Städten, Gemeinden und Regionen die öffentliche Daseinsvorsorge aufgrund von Schrumpfungsprozessen gefährdet ist und verdeutlichte, dass rückläufige Entwicklungen eine anhaltende Herausforderung für die Raum- und Stadtentwicklungspolitik bleiben werden. In diesem Zusammenhang hob er die Förderung überörtlicher Kooperationen und Netzwerke im neuen Programm hervor und wies auf die Notwendigkeit der Bündelung von Fördermitteln hin.

Die besonderen Stärken von Klein- und Mittelstädten wurden von Dr. Sonja Beeck vom IBA-Büro herausgearbeitet. Sie vermittelte Eindrücke von der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, die über zehn Jahre insgesamt 19 Kommunen, vornehmlich Klein- und Mittelstädte, bei deren kreativen Prozessen zur Anpassung an den wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandel begleitet hat. Unter dem Leitthema „Weniger ist Zukunft“ zeigte Frau Dr. Beeck, auch anhand eindrucksvoller Grafiken und Fotos, erfolgreiche Strategien und Projekte in den IBA-Städten Aschersleben, Dessau und Wittenberg.

Praxisnahe Erfahrungsberichte lieferten Interviews von Katja Baumann und Martin Karsten mit (Ober-)Bürgermeistern aus sechs ausgewählten Klein- und Mittelstädten in ländlich geprägten Räumen in sechs Bundesländern. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Auswertung der Erfahrungen mit verschiedenen Aufgabenfeldern, in denen Städtebauförderung wichtige Entwicklungsbeiträge für die Sicherung der Daseinsvorsorge leistet.

Vorgestellte Kommunen und deren Themen waren:

- Die Sanierung des mittelalterlichen Stadtkerns der baden-württembergischen Mittelstadt Biberach an der Riß wurde von Baubürgermeister Christian Kuhlmann erläutert.
- Bürgermeister Franz Stahl wurde zu seinen Erfahrungen mit der Innenstadtentwicklung der industriell geprägten Kleinstadt Tirschenreuth (Bayern) befragt.
- Über die Erfahrungen mit der Entwicklung eines zentralen Schulstandortes in der brandenburgischen Kleinstadt Calau berichtete Bürgermeister Werner Suchner.
- Mit der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Mittleres Werratal“ wurde von Bürgermeister Alexander Heppe aus Eschwege (Hessen) eine erfolgreiche Stadt-Umland-Kooperation im ländlichen Raum vorgestellt.
- Wie die Revitalisierung von Industriebrachen und militärischen Liegenschaften gelingen kann, ließ sich am Beispiel von Pirmasens (Rheinland-Pfalz) anhand der Schilderungen von Oberbürgermeister Dr. Bernhard Mattheis nachvollziehen.
- Gerhard Troll, Bürgermeister der sächsischen Stadt Löbnitz, informierte über die Strategien und Handlungsansätze des aus fünf Städten und einer Gemeinde bestehenden Städtebunds Silberberg.

Diskussion und Ausblick

Die von den Vorrednern eingebrachten Beiträge wurden im Rahmen eines Podiumsgesprächs unter Leitung von Martin Karsten mit folgenden Teilnehmern im Hinblick auf die künftigen Aufgaben der Städtebauförderung in ländlichen Räumen sowie das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ ausgewertet:

- Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Karl Jasper, Vorsitzender der Fachkommission Städtebau und Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
- Dr. Jochen Lang, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Dr. habil. Dieter Schweizer, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Gesprächsteilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass sowohl die wissenschaftliche Analyse der Herausforderungen als auch die Praxiserfahrungen die Notwendigkeit und den potenziellen Erfolg des gestarteten Programms bestätigten. Die Schwerpunktsetzung auf überörtliche Zusammenarbeit werteten sie als Potenzial und für das Programm Profil bildend. Gleichzeitig erkannten sie die Notwendigkeit an, Bündelungschancen stärker zu nutzen. Bezugnehmend auf die geplanten Kürzungen der vom Bund für die Städtebauförderung bereitgestellten Haushaltsmittel wurde von allen Gesprächsteilnehmern die Bedeutung dieses Förderinstrumentes für den ländlichen Raum hervorgehoben.

Abschließend zog Oda Scheibelhuber vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Bilanz: Der Kongress bestätige die Bedeutung der Städtebauförderung insgesamt und des neuen Programms für Klein- und Mittelstädte. Sie erläuterte weitere wichtige, anstehende Schritte des Bundes, z.B. im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“, zur Umsetzung des neuen Städtebauförderungsprogramms und der notwendigen Entwicklung von Lösungsstrategien für Kommunen in schwieriger Haushaltslage. Sie äußerte ihre Bitte an alle Anwesenden, trotz der Mittelkürzungen in der Städtebauförderung auch in Zukunft dazu beizutragen, das Gemeinschaftswerk Städtebauförderung auf seinem erfolgreichen Weg zu unterstützen.

Short Version

The urban development funding programme of Federal and State Government, which was introduced in 1971 to support underdeveloped communities in tackling problematic situations in urban development policy, has also proved to be an effective funding instrument in the towns and municipalities within Germany's rural areas. Since the negative repercussions of the radical demographic and structural changes are concentrated to a particular extent on smaller and medium-sized communities in rural-peripheral areas, a special priority in urban development funding will be given in future to supporting rural regions. The newly introduced funding programme „Smaller Towns and Municipalities“, as one building block of the „Rural Infrastructure Initiative“, is helping the local authorities to safeguard and strengthen smaller towns and municipalities as anchor points of the general-interest services for their region. Cooperating smaller towns and villages in rural and sparsely populated regions are to profit in particular.

To discuss the future tasks of urban development funding in rural regions and the profile of the new programme against the background of experiences gained up to now, the Federal Ministry of Transport, Building and Urban Development organised on 22 June 2010 a congress in Berlin with the title „Strong small and medium-sized towns: promoting urban development in rural areas“ in cooperation with the Conference of State Building Ministers, the German Association of Cities and Towns, the German Federation of Municipal Authorities and the German Association of District Administrations. More than 400 protagonists from politics, science, administration and the federations took up the invitation to Berlin.

The event was conceived to consist of three parts: it started with an introduction and an account of the current position of Federal and State Government by Federal Minister Dr. Peter Ramsauer and Günter Kozłowski, State Secretary in the North Rhine-Westphalia Ministry of Building and Transport representing the Building Ministers' Conference. This was followed by specialist contributions from the scientific domain of spatial development and field reports on urban renewal practice in small and medium-sized towns in rural regions. In the third part of the event, conclusions were drawn for the new programme.

Greeting and introduction

In his opening address, the Federal Minister of Transport, Building and Urban Development, Dr. Peter Ramsauer, outlined the prospects for urban develop-

ment assistance in rural regions. In view of the effects of demographic change, he underlined the great importance of smaller towns and village municipalities in rural regions as anchor points of the general-interest services for the region. He explained the aim of the Federal Government in urban development funding to support these local authorities more strongly in mastering the difficult challenges faced. This is the starting point for the new urban development assistance programme called „Cooperating and Networking amongst Smaller Towns and Municipalities“ as one building block of the „Rural Infrastructure Initiative“ started by the Federal Ministry of Transport, Building and Urban Development. As he pointed out, the objective is to safeguard and strengthen the central function for the provision of local public services for the population of rural regions in a lasting and needs-oriented way and on a high level. Regional collaboration across local authority boundaries, the pooling with other funding resources and an even more effective use of funds are also said to be necessary preconditions for the sustained success of the measures.

In his address, Günter Kozłowski, State Secretary in the North Rhine-Westphalia Ministry of Building and Transport representing the Building Ministers' Conference, also underlined the special role of the small and medium-sized towns in predominantly rural regions. He highlighted the fact that local authorities and those responsible for infrastructures and public service facilities require new forms of cooperation and coordination along with tailor-made concepts in order to safeguard the quality of public services and the quality of life in rural towns also in the future. The new urban development assistance programme can serve as one building block towards enhancing central functions and putting a brake on out-migration, he maintained. However, he also pointed out that it must be efficiently dovetailed with other funding approaches for the rural regions.

Science and practice

The challenges for urban planning and development from the scientific perspective were outlined by Dr. Hans-Peter Gatzweiler from the Federal Institute for Research on Building, Urban Affairs and Spatial Development (BBSR) within the Federal Office for Building and Regional Planning (BBR). Based on information from ongoing spatial monitoring, Dr. Gatzweiler explained in which towns, municipalities and regions the general-interest public services are endangered as the result of shrinkage processes. He made it clear that tendencies of decline will remain a persistent

challenge for spatial and urban development policy. In this connection he stressed the promotion of regional cooperation and networks in the new programme and pointed to the necessity of pooling funding resources.

The particular strengths of small and medium-sized towns were shown by Dr. Sonja Beeck from the International Building Exhibition (IBA) Office. She conveyed impressions from the International Building Exhibition Urban Development Saxony-Anhalt 2010 urban renewal project, which has been giving ongoing support over ten years to a total of 19 local authorities, mostly small and medium-sized towns, in their creative endeavours to adjust to the economic structural and demographic change. Under the main theme „Less is Future“, Dr. Beeck presented, with the aid of impressive graphics and photos, successful strategies and projects in the IBA cities Aschersleben, Dessau and Wittenberg.

First-hand reports based on practical experience were provided by interviews conducted by Katja Baumann and Martin Karsten with the mayors of six selected small and medium-sized towns in rural regions in six federal states. The focus of the interviews was the evaluation of the experiences gained with different areas of activity in which urban development funding makes important development contributions to safeguarding public services.

Local authorities presented and their subjects were:

- The renovation of the medieval centre of the medium-sized town of Biberach an der Riß in Baden-Württemberg was illustrated by Construction Mayor Christian Kuhlmann.
- Mayor Franz Stahl was questioned about his experiences with the development of the centre of the small industrial town of Tirschenreuth (Bavaria).
- Mayor Werner Suchner reported about the experience of developing a central school location in the small town of Calau in Brandenburg.
- Mayor Alexander Heppe from Eschwege (Hessen) presented a successful example of a cooperation between a town and its surrounding region in a rural area with the Municipal Working Group „Central Valley of the river Werra“
- How derelict industrial sites and military properties can be revitalised could be seen from the example of Pirmasens (Rhineland-Palatinate) on the basis of the description given by Mayor Dr. Bernhard Mattheis.
- Gerhard Troll, Mayor of the Saxon town of Löbnitz, informed the participants about the strategies and courses of action implemented by the Silberberg league of towns which comprises five towns and one municipality.

Discussion and outlook

The contributions made by the previous speakers were appraised and evaluated within the framework of a podium discussion led by Martin Karsten with a view to the future tasks of urban development assistance in rural regions and the new urban development funding programme „Smaller Towns and Municipalities“. The participants were the following:

- Bernd Düsterdiek, German Federation of Municipal Authorities
- Karl Jasper, from the North Rhine-Westphalia Ministry of Building and Transport, Chairman of the Commission of Experts on Urban Development
- Dr. Jochen Lang, Federal Ministry of Transport, Building and Urban Development
- Dr. habil. Dieter Schweizer, Federal Ministry of Food, Agriculture and Consumer Protection

The participants in the discussion came to the conclusion that both the scientific analysis of the challenges faced as well as the practical experience gained have confirmed the necessity and the potential success of the programme that has been launched. The prioritisation of regional collaboration was assessed as a promising opportunity and as a key element for giving the programme a higher profile. At the same time they acknowledged the need to make more effective use of opportunities to pool resources. With reference to the planned cutbacks in the budget funds made available for urban development assistance by the Federal Government, the importance of this funding instrument for rural areas was stressed by all those taking part in the discussion.

Finally, Oda Scheibelhuber from the Federal Ministry of Transport, Building and Urban Development summarised the proceedings: the congress confirms the importance of urban development funding as a whole and of the new programme for small and medium-sized towns. She explained further important forthcoming steps on the part of Federal Government, for example in the framework of the „Rural Infrastructure Initiative“, to implement the new urban development funding programme and the necessary development of solution strategies for local authorities in difficult budgetary circumstances. She appealed to all those present to also play their part in future, despite the reduced resources available for urban development funding, in supporting the joint-effort project of promoting urban development along the successful path it is going.





„Wir müssen die öffentliche Daseinsvorsorge unter den sich verändernden Bedingungen sichern, erhalten und dauerhaft bewahren.“

Dr. Peter Ramsauer

Foto: fotolia

Perspektiven der Städtebauförderung in ländlichen Räumen

Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ich begrüße Sie sehr herzlich im Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung in Berlin.

Der Zeitpunkt für den heutigen Kongress ist gut gewählt. Die Ziele unserer Politik gewinnen vor dem Hintergrund der anhaltenden Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der eingeleiteten Konsolidierungsanstrengungen im Bereich der Staatsfinanzen noch einmal zusätzlich an Bedeutung.

Unser Ziel lässt sich knapp formulieren: Wir wollen, wir müssen und wir werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes und der ländlichen Regionen stärken. Ich sage dies mit Überzeugung. Bereits während meiner Mandatstätigkeit im Stadtrat habe ich sehr deutlich erleben können, was Stadtentwicklung unter schwierigen Rahmenbedingungen – von der Wohnungsbeschaffung über Fragen der Verkehrsanbindung bis hin zur Schaffung sozialer Zusammenhänge in einer sehr heterogenen Bevölkerung – bedeutet. Auch aus meiner wissenschaftlichen Tätigkeit, in der ich mich unter anderem den ökonomischen Folgen der Gebietsreform für die Kommunen zugewandt habe, schöpfe ich noch heute viele Anstöße für meine Arbeit als Minister.

Das Thema „Sparen“ wird in diesen Tagen intensiv diskutiert. Es bedeutet vor allem, dass wir mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger noch sorgsamer umgehen müssen als bisher. Und es bedeutet, dass wir unsere Förderinstrumente noch leistungsfähiger gestalten und noch gezielter einsetzen müssen. Ich bin davon überzeugt, dass das zu machen ist. Wenn wir unser Land weiter voranbringen wollen, müssen gut entwickelte, attraktive Lebensräume geschaffen und langfristig erhalten werden. Und das gilt nicht nur für unsere Ballungszentren und Großstädte, sondern gleichrangig für die ländlich geprägten Regionen unseres Landes.

Ich habe wiederholt deutlich gemacht, dass ich mich intensiv um die ländlichen Räume mit ihren mittleren und kleinen Gemeinden kümmern werde. Denn: Stadt und Land – beides gehört untrennbar zusammen. Städte und urbane Zentren können ohne funktionierende ländliche Räume nicht existieren, ländliche Räume nicht ohne gut entwickelte urbane Zentren.

Deutschland ist im europäischen Vergleich ein dicht besiedeltes Land. Es verfügt über eine der vielfältigsten Kulturlandschaften Europas und weltweit, die auch heute in großen Teilen durch Land- und Forstwirtschaft geprägt ist. Rund 25 % der Menschen leben in Städten und kleinen Ortschaften in ländlich geprägten, peripher gelegenen Regionen. Dort sind es vor allem die kleinen und mittleren Städte und Gemeinden, die einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge für ihre Bewohner leisten – und ebenso für ihr Umland. Mit ihren Stadt- und Ortszentren und mit ihren Angeboten der öffentlichen Infrastruktur sind sie wichtige Ankerpunkte für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region. Sie sind Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Erholungsräume.

Gerade der demografische Wandel stellt unsere kleinen Städte, Gemeinden und Ortsteile in den ländlichen, dünn besiedelten Räumen vor große Herausforderungen. Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft und die anhaltende Binnenwanderung drohen zu einer Gefahr für die öffentliche Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu werden. Angesichts rückläufiger Auslastung, veränderter Nachfrage und steigender Kosten sind immer mehr Kommunen und Träger gezwungen, wichtige Einrichtungen wie Schulen, kommunale Ämter oder kulturelle bzw. Freizeiteinrichtungen zu schließen. Für die Bevölkerung bedeutet das eine deutliche Verschlechterung des Angebotes und einen klaren Verlust an Lebensqualität. Die Wege zur Schule, dem Amt oder zum Arzt, zum Einkaufen, ins Kino, Konzert oder zum Schwimmbad werden zunehmend weiter und beschwerlicher. Diese Entwicklung schadet der Attraktivität unserer Gemeinden und die Gefahr weiterer Abwanderung gerade bei jungen Leuten wächst.

Einer solchen Abwärtsspirale wollen wir wirkungsvoll begegnen. Wir müssen die öffentliche Daseinsvorsorge unter den sich verändernden Bedingungen sichern, erhalten und dauerhaft bewahren. Dazu gehören auch andere, neue Lösungsstrategien. Wir haben es uns in der Koalition zur Aufgabe gemacht, die öffentliche Daseinsvorsorge in den dünn besiedelten Räumen zu sichern und die Wirtschaftskraft der Orte zu stützen und zu fördern. Es gilt, die Attraktivität der ländlichen Regionen als Räume zum Wohnen, Leben und Erholen, für Arbeit und die lokale Wirt-



Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

schaft zu stärken, für die dort lebenden Menschen, die ansässigen Unternehmen und auch die Besucher. Wir brauchen hierfür Investitionen. Und wir brauchen vor allem Kooperations- und Abstimmungsprozesse als wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der Maßnahmen. Wir müssen diese wichtige Aufgabe gemeinsam schultern.

Wir wollen neue Perspektiven für die ländlichen Räume und ihre Klein- und Mittelstädte aufzeigen. Ich habe deshalb die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ gestartet. Dabei setze ich auf regionale Stärken und vor allem auf die Ideen und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, um deren Lebensqualität es hier geht. Sie kennen ihre Heimat und ihre Stärken und Schwächen am besten. Wir fassen im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Räume mit ihren kleineren Städten und Ortschaften unter einem Dach zusammen, geben Impulse und fördern gezielt die Stärken.

Ein wesentlicher Baustein der Initiative ist das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit

und Netzwerke“. Damit wollen wir insbesondere die Klein- und Mittelstädte in ländlichen Regionen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für die Zukunft handlungsfähig machen. Die Kommunen werden darin unterstützt, ihre städtebauliche Infrastruktur zu verbessern, zu modernisieren und bedarfsgerecht anzupassen. Der Bund stellt dafür in diesem Jahr rd. 18 Mio. Euro an Finanzhilfen bereit.

Es ist kein Zufall, dass wir dieses neue Förderangebot als Städtebauförderungsprogramm anlegen. Denn das Instrument der Städtebauförderung vereint zahlreiche Vorteile zur Lösung der oft komplexen Probleme der Städte und Gemeinden. Vor allem macht es aus Betroffenen echte Beteiligte:

- Bund, Land und Kommune handeln in Partnerschaft und finanzieren zu gleichen Teilen.
- Chancen und Probleme werden im Vorfeld gründlich und umfassend analysiert, bevor konkrete Projekte angegangen werden.
- Bürger, Eigentümer, Gewerbetreibende und alle anderen, die mitwirken können, werden an der Strategieentwicklung und Umsetzung beteiligt.
- Es geht ausdrücklich darum, alle an einen Tisch zu bringen, damit die öffentlichen und privaten Gelder möglichst effektiv und effizient eingesetzt werden und öffentliche und private Interessen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Ich freue mich sehr, dass wir die Tradition des partnerschaftlichen Miteinanders von Bund, Ländern und Kommunen fortsetzen. Das zeigt sich daran, dass die Bauministerkonferenz das neue Programm für kleinere und mittlere Städte und Gemeinden ausdrücklich begrüßt und wir diesen Kongress mit ihr und den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam veranstalten. Das demonstriert einen Schulterschluss, der mir sehr wichtig ist und für den ich Ihnen ganz ausdrücklich danken möchte.

In der Regierungskoalition war und ist es uns sehr wichtig, diese Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen, auch in Anbetracht der notwendigen Sparmaßnahmen, fortzusetzen und die Städtebauförderung als ein wirksames Instrument weiterzuführen. Aber auch dieses Ministerium muss, wie alle Ressorts, einen Beitrag zur unabdingbar notwendigen Haushaltskonsolidierung leisten.

Die Städtebauförderung konnte hiervon nicht ausgenommen werden. Wir werden deshalb mit den Ländern, Kommunen und Verbänden gemeinsam diskutieren, wie wir die Städte und Gemeinden bei ihren enormen Herausforderungen auch in Zukunft wirksam unterstützen können – wenn auch innerhalb engerer finanzieller Spielräume. Hier gilt es insbesondere, die Förderung stärker zu bündeln und noch effektiver



Kongresspublikum im Erich-Klausener-Saal

zu gestalten. Entgegen mancher Kritik wird auch künftig ein wesentlicher Förderschwerpunkt die Unterstützung der ländlichen Städte und Gemeinden sein, um die dortige Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Region zu verbessern und mit den urbanen Zentren zu vernetzen.

Mir ist deutlich bewusst, dass diese notwendigen Sparmaßnahmen die Kommunen und die Menschen vor Ort vor erhebliche Herausforderungen stellen. Umso mehr sind wir gemeinsam gefordert, das städtebauliche Instrumentarium so effektiv wie möglich zu gestalten. Das Ziel muss es sein, für jeden Euro Fördergeld soviel Nutzen wie möglich zu generieren.

Um dies zu erreichen, brauchen wir gerade vor Ort eine ausgezeichnete Sachkompetenz. Ich möchte deshalb an dieser Stelle meinen großen Respekt für alle dort Beteiligten aussprechen. Dies gilt im Besonderen den Städte- und Gemeindevertretern, den Landkreisen, Trägern und Initiativen, die angesichts enger kommunaler Haushalte tagtäglich, vielfach auch im Ehrenamt, die schwierigen Aufgaben im Bereich der Stadt- und Ortsentwicklung bewältigen. Ich weiß, dass das oft weit über die „Pflicht“ der gewählten Bürgermeisterinnen

und Bürgermeister, Stadträte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung hinausgeht.

Meine Damen und Herren, die Städte und Gemeinden sind auf Ihr Engagement angewiesen. Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihren Einsatz. Gerade in Zeiten unabdingbar notwendiger Konsolidierungsanstrengungen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen möchte ich Sie ausdrücklich dazu ermuntern, Ihr Engagement für unsere ländlichen Regionen verstärkt fortzuführen. Wir müssen die knappen Mittel noch gezielter dorthin lenken, wo sie den größten Nutzen erbringen – zum Beispiel dorthin, wo sie im Sinne einer nachhaltigen Investitions- und Förderpolitik am stärksten für Beschäftigung und Folgeinvestitionen vor Ort sorgen.

Wir müssen uns verstärkt die Frage nach dem „Wie“ stellen. Genau darum geht es mir bei dem neuen Programm der Städtebauförderung „Kleinere Städte und Gemeinden“. Hier gibt es zwei zentrale Handlungsschwerpunkte: Kooperieren und Bündeln. Viele Kommunen erkennen bereits verstärkt die Chancen von Kooperationen, um zum Beispiel kostenintensive Doppelstrukturen zu vermeiden. Auch kleinere



Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Gemeinden, die mit ihren Nachbarkommunen intensive und effektive Formen der Zusammenarbeit gefunden haben, erzielen hervorragende Erfolge bei der Sicherung und Entwicklung von Infrastrukturangeboten für ihre Region. Vielerorts besteht aber noch großer Handlungsbedarf, weshalb wir die partnerschaftliche, überörtliche Zusammenarbeit verstärkt unterstützen und fördern wollen. Dies trägt auch zur Bewahrung ländlicher Identität bei, um die Übersichtlichkeit und Geborgenheit der ländlichen Lebensräume und ihrer traditionellen Strukturen zu bewahren. In der Verwaltungsvereinbarung haben wir deshalb eine klare Priorität auf die Förderung überörtlicher Kooperationen gesetzt.

Notwendig ist ein enger Schulterschluss mit allen Beteiligten. Zum einen brauchen wir noch mehr privates Engagement: von der Immobilienwirtschaft und den Investoren, den Gewerbetreibenden, vom Handwerk und von den Bürgerinnen und Bürgern. Zum anderen brauchen wir den Schulterschluss mit den anderen Ressorts und mit den Ländern. Und wir brauchen auch den Schulterschluss mit Stiftungen, Sponsoren und grundsätzlich allen, die mithelfen können.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch stärker als bisher europäische Mittel in den Blick nehmen. Wir sollten für die Stadtentwicklung in deutlich größerem Umfang als bisher die Fördermöglichkeiten der EU-

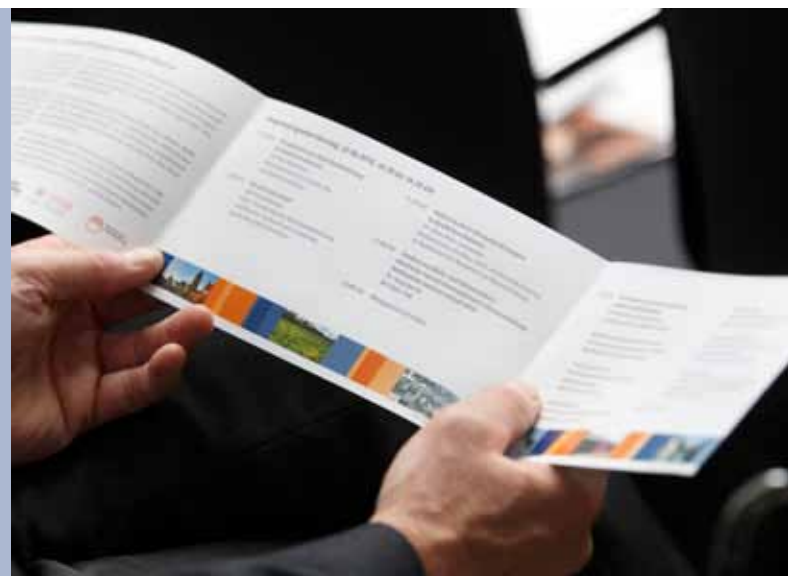
Strukturfonds nutzen. Angesichts des Bekenntnisses der Europäischen Union zur nachhaltigen Stadtentwicklung ist die Frage zu stellen, ob die EU sich nicht noch stärker als bisher finanziell für die Städte und Gemeinden engagieren kann. Und das betrifft nicht nur den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. Bei den Ländern gibt es bereits sehr gute Erfahrungen in der Bündelung mit EU-Mitteln. Und auch auf Bundesebene ist die gezielte Verknüpfung von Städtebauförderung und ESF sehr erfolgreich. Wir sollten diese guten Erfahrungen in den nächsten Jahren ausbauen.

Heute wollen wir zunächst einen Blick auf die konkreten Problemstellungen und auf erfolgreiche Lösungsstrategien in Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen werfen. Aus den zahlreichen guten Beispielen in den Regionen haben wir einige ausgewählt, die uns heute vorgestellt werden. Für die Weiterentwicklung der Städtebauförderung ist es äußerst wichtig, die politische Debatte in Berlin mit der Praxis vor Ort zusammenzubringen. Wir brauchen diesen Erfahrungsaustausch, und ich bin für jede Erfahrung und Anregung außerordentlich dankbar. Ich freue mich deshalb sehr, dass Sie sich als Praktiker und als Wissenschaftler im Rahmen des heutigen Kongresses in diesen Prozess mit einbringen.

Ich wünsche uns allen einen erkenntnisreichen Tag.



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin



Tagungsmappe und Programmflyer



„Von der Städtebauförderung lässt sich hinsichtlich der zielgerichteten, gebietsbezogenen Kooperation öffentlicher und privater Akteure einiges lernen!“

Günter Kozlowski

Perspektiven der Städtebauförderung in ländlichen Räumen – Die Sicht der Länder

Günter Kozlowski, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Wir reden heute über ein neues Förderprogramm der Städtebauförderung – für Klein- und Mittelstädte in ländlichen, von Abwanderung bedrohten Räumen. Angesichts des demografischen Wandels sollen ihre Qualitäten, Kompetenzen und zentralörtlichen Funktionen gestärkt und gestützt werden, u. a. durch die Bildung von Netzwerken, denn diese regionalen Zentren sind die „Anker“ in schrumpfenden Regionen.

Die mit zurückgehenden Bevölkerungszahlen verbundenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen sind uns schon des Längeren bekannt. Jeder Flächenstaat unter den Bundesländern kennt seine Regionen. Besonders hart betroffen sind die ohnehin dünn besiedelten und strukturschwachen Räume, die sich weiter entleeren. Das Bundesministerium, aber auch die Länder, haben in den Bereichen Raumordnung und Landesplanung zahlreiche Untersuchungen und Modellvorhaben (z.B. Modellvorhaben der Raumordnung des BMVBS/MORO) beauftragt und begleitet, die Anregungen für die Zukunft – die ja vielfach bereits die Gegenwart ist – formulieren. Viele positive Ansätze und Beispiele im ganzen Bundesgebiet ließen sich auf diese Weise bereits eindrucksvoll erproben.

Denn eines sollten wir nicht vergessen: Kleine und mittlere Städte haben häufig auch Pfunde, mit denen sie wuchern können: Überschaubarkeit, intakte soziale Strukturen und ein intensiveres Gemeinschaftsgefühl. Das Bürgerengagement ist in der Regel ausgeprägter als in Großstädten. Die Zukunft der Städte im demografischen Wandel wird daher sehr stark von genau diesem Engagement der Bürger und der Kompetenz der lokalen Akteure und Institutionen abhängen: Von ihrer Bereitschaft, zu kooperieren, Netzwerke zu bilden und jenseits aller Einzelinteressen innovative Lösungen zu finden. Nur so lässt sich Lebensqualität erhalten und Heimat schaffen.

Kleine und mittelgroße Städte – ob im Ballungsraum oder in der ländlichen Region – haben angesichts der demografischen Entwicklung und der schrumpfenden finanziellen Ressourcen eine wesentliche Aufgabe: Konzentration auf die Innenentwicklung. Hierzu gehören die Stärkung ihrer Zentren und die Revitalisierung der historischen Altstadtkerne genauso wie der Denkmalschutz und die Substanz-

erhaltung, aber auch die Schaffung von Aufenthaltsqualität in den öffentlichen Räumen und die Verbindung von Stadtentwicklung und Klimaschutz.

Die Innenstädte von kleinen und mittelgroßen Städten weisen häufig noch eine starke Mischung der Funktionen auf. Diese Funktionsmischung von Handel und Wohnen gilt es zu stärken und die immer häufiger auftretenden Probleme wie Schließungen im Einzelhandel, Leerstände, Versorgungslücken und fehlenden Branchenmix zu verhindern. Die Städtebauförderung und hier insbesondere das jüngst aufgestockte neue Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ sollen hier zentral steuern.

Die Städtebauförderung kann aber nicht das einzige Instrument für eine erfolgreiche Regionalentwicklung und Strukturförderung im ländlichen Raum sein. Sie bedarf einer effizienteren Verzahnung mit anderen Förderansätzen für die ländlichen Räume. Nachzudenken ist über eine auf die jeweilige Gesamtregion bezogene Förderung, die Anreize zur Zusammenarbeit und Selbsthilfe bietet.

Denn Ziel für alle diese Förderangebote muss doch sein, auch in den ländlichen Räumen Mobilität zu ermöglichen und so die erforderliche soziale Daseinsvorsorge zu garantieren. Dieses Ziel entspricht dem Auftrag einer nachhaltigen Raumentwicklung. Und es entspricht den Forderungen der Europäischen Union, die im Rahmen des Lissabon-Vertrages erstmals auch die „territoriale Kohäsion“ – den räumlichen Ausgleich – besonders hervorhebt. Es entspricht zudem unserem gesellschaftlichen Leitbild, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen deutschen Regionen zu ermöglichen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten bekanntlich nicht identische Lebensverhältnisse an jedem Ort. Aber es bedeutet, bestimmte Standards zu gewährleisten, den Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, zur medizinischen Versorgung und zur Bildung sowie das Vorhandensein bestimmter Infrastruktur- und Mobilitätsangebote.

Das neue Programm der Städtebauförderung kann – wie bereits gesagt – nur ein Baustein sein, um zentralörtliche Funktionen zu stärken und die Abwanderung aus ländlichen Regionen zu stoppen.



Günter Kozłowski, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen

Von der Städtebauförderung lässt sich allerdings hinsichtlich der zielgerichteten, gebietsbezogenen Kooperation öffentlicher und privater Akteure einiges lernen!

Kommunen und die Träger von Infrastrukturen und Daseinsvorsorge in den Städten des ländlichen Raums brauchen Zusammenarbeit, Koordination und maßgeschneiderte Konzepte, um die Versorgungs- und Lebensqualität in den Städten der ländlichen Räume zu sichern. Oder, um dabei auf neue Ideen zu kommen und besondere Qualitäten zu schaffen!

Erlauben Sie mir zwei Beispiele aus Nordrhein-Westfalen zu nennen:

Die Städteregion Aachen hat sich auf Basis eines Landesgesetzes als Kommunalverband nach dem Vorbild der Region Hannover organisiert. Ziel ist es, innerhalb der Region die Aufgaben der Klein- und Mittelstädte besser zu bündeln und Synergie-Möglichkeiten stärker zu nutzen.

In Nordrhein-Westfalen bereitet sich derzeit eine stark ländlich geprägte Region – Südwestfalen – auf die Regionale 2013 vor. Die Regionale ist ein Strukturprogramm des Landes, das es alle drei Jahre einer Region ermöglicht, den jeweils besonderen Herausforderungen zu begegnen und ihre spezifischen Stärken zu profilieren. Regionale Kooperation und gemeinsame Projektentwicklung sind die Voraussetzung dafür, den Zuschlag als Regionale-Region zu erhalten. Jedes Projekt muss einen Beitrag zur Gesamtentwicklung der Region leisten, regionale Strahlkraft entfalten und Aufbruch signalisieren. Nur dann findet eine Förderung statt.

Die Regionale soll sich vorrangig als Innovations-, Lern- und Findungsprozess für eine nachhaltige Zusammenarbeit verstehen. In Südwestfalen wurden anlässlich des Regionale-Starts sogenannte regionale „DenkRäume“ eröffnet. Werkstätten und Veranstaltungen, die diesen innovativen Lern- und Vernetzungsprozess voranbringen sollen. Diese DenkRäume kreisen um Themenfelder und potenzielle „Zukünfte“. Stichworte sind Energieregion, Gesundheitswirtschaft und Tourismus, die Zukunft der Dörfer und der landwirtschaftlichen Versorgung, Netzwerkbildung oder der Begriff der Heimat. Das alles sind Themen und Begriffe, wie sie sicherlich in vielen ländlichen Regionen von Bedeutung sind und dort mit Hoffnungen und kreativen Chancen verbunden werden.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Chancen von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum liegen darin, Kooperationen zu suchen und innerhalb der Regionen gemeinsam Stärken, individuelles Profil und innovatives Potenzial zu entwickeln. Anreize dafür soll das neue Programm bieten. Vorhandene Stärken können nur gemeinsam weiter entwickelt werden, am besten verknüpft mit Bildern oder einem positiven Image. Ob die Regionen optimistisch in die Zukunft blicken können, wird nicht zuletzt auch davon abhängen ob es gelingt, das vorhandene soziale und kulturelle Potenzial zu stärken und die unterschiedlichen Förderangebote sinnvoll zu bündeln.

In diesem Zusammenhang verweise ich gern auf die internationale Initiative der „Slow Cities“, die aus meiner Sicht hervorragend und beispielhaft zeigt, wie es Klein- und Mittelstädten gelingen kann, kreative Potenziale zu erschließen, ihr Standortprofil zu schärfen und gleichzeitig Heimat zu schaffen. Die Initiative, die in Mittelstädten Italiens startete, zeigt, dass man auch mit der Besinnung auf die eigene Identität, auf lokale und traditionelle (Ess-) Kultur, auf eine gesunde Balance zwischen lokaler und globaler Ökonomie und mit Mäßigung gut (über-)leben kann.



Kongresspublikum

Oder denken Sie einmal darüber nach, welche Chancen sich für kleinere Städte in den ländlich geprägten Räumen Nordrhein-Westfalens bieten, wenn sie nachweisen können, dass sie eine konsequente Umweltpolitik verfolgen, die Landschaft und Stadtbild erhalten, sie lokale Produkte und Produktionsweisen fördern und sie sich bemühen, den motorisierten Verkehr und Lärm zu vermindern. Wenn sie großen Wert legen auf ihre eigene Identität, auf ihre lokale und traditionelle Kultur, auf eine gesunde Balance zwischen lokaler und globaler Ökonomie und die Qualität der Gastfreundschaft. Zweifellos: Das sind hohe Standards. Ich bin allerdings überzeugt, dass es sich lohnt sie zu erfüllen.

Dieser Auftaktkongress für ein neues Städtebauförderprogramm, das wir alle für richtig und wichtig halten, findet heute vor dem Hintergrund einiger auch für die Städtebauförderung schmerzlicher Spar-Beschlüsse der Bundesregierung statt. Der Verpflichtungsrahmen der Städtebauförderung soll über die nächsten Jahre quasi halbiert werden. Ein erfolgreiches Konjunkturprogramm wie die Städte-

bauförderung, das mit jedem öffentlichen Euro des Bundes bis zu acht andere öffentliche und private Euro generiert, das von hoher Bedeutung für die regionale Mittelstandsförderung, das Handwerk und für Arbeitsplätze in den Kommunen ist, würde damit in seiner Wirkung erheblich geschmälert.

Wir Länder können nur hoffen, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die Bauminister der Länder werden die Sparbeschlüsse des Bundes in Kürze diskutieren und sich eindeutig positionieren.

Dabei geht es nicht darum, sich berechtigten Forderungen nach Einsparungen und Effizienzsteigerung in den Programmen und ihrer Umsetzung zu verweigern. Es geht allerdings darum, einen zu befürchtenden Kahlschlag zu Lasten der Städte und Gemeinden zu verhindern, die sich ohnehin in einer mehr als schwierigen Situation befinden.



„Es bleibt festzuhalten, dass die Städtebauförderung, das neue Programm den aktuellen und mittelfristig absehbaren Herausforderungen für Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen Rechnung trägt.“

Dr. Hans-Peter Gatzweiler

Städtebauliche Herausforderungen in ländlichen Räumen

Dr. Hans-Peter Gatzweiler, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

1.

Politisches Ziel ist, attraktive lebenswerte ländliche Räume zu schaffen und damit den Menschen dort Zukunfts- und Bleibeperspektiven zu eröffnen.

Dabei geht es vor allem darum, eine flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Einrichtungen und Dienstleistungen der sozialen und technischen Infrastruktur sicherzustellen. In vielen Klein- und Mittelstädten altert die Bevölkerung; vor allem die Jüngeren ziehen fort, weil Arbeitsplätze fehlen und die Lebensbedingungen besonders in größeren Städten und deren Umland attraktiver erscheinen. Wo jedoch die Nachfrage nach Bildungs-, Mobilitäts- und Versorgungsangeboten zurückgeht, ist die öffentliche Daseinsvorsorge in ihrer bisherigen Form gefährdet.

Welche Städte und Gemeinden in Deutschland stehen vor solchen Herausforderungen? Welche ländlichen Räume sind besonders betroffen? Wo ist schnelles Handeln wichtig? Wo kann also das neue Städtebauförderprogramm Städte und Gemeinden darin unterstützen, Versorgungsfunktionen für die Bevölkerung bedarfsgerecht und dauerhaft zu sichern? Diese Fragen sollen nachfolgend, gestützt auf das Räumliche Informationssystem des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), beantwortet werden.

2.

Schon eine einfache, auf der Ebene von rd. 4.500 Gemeinderegionen nach den Kriterien Zentralität, Größe und städtische Prägung vorgenommene Typisierung verdeutlicht, dass Deutschland eine Vielzahl und Vielfalt von Städten und Gemeinden auszeichnet, eine enge Verwobenheit von Stadt und Land.

Das städtische Siedlungssystem – Großstädte, Mittelstädte, Kleinstädte – bildet ein eng vernetztes, polyzentrisches Gefüge von Städten und ihrem Umland, den Stadtregionen. Innerhalb der Großstadtregionen einschließlich ihres ländlichen Umlands leben und arbeiten heute rd. drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland. Außerhalb dieser Großstadtregionen, in ländlichen Regionen, prägen Klein- und Mittelstädte die Siedlungsstruktur.

Zwei Fakten belegen, wie bedeutsam Klein- und Mittelstädte für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind (siehe Karte 1): Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland, rd. 54 Prozent, lebt heute in Klein- und Mittelstädten, die Mehrheit aller abhängig Beschäftigten arbeitet dort. Als regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentren bestimmen Klein- und Mittelstädte also entscheidend die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

3.

Vor welchen Herausforderungen stehen die Städte und Gemeinden? Welche wachsen noch, welche schrumpfen? Die Beantwortung dieser Fragen lässt sich an sechs Indikatoren festmachen, welche die Zirkularität von Schrumpfung und Wachstum gut abbilden: Bevölkerungsentwicklung, Wanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Realsteuerkraft und Kaufkraft.

Schrumpfungsprozesse, die hier vornehmlich interessieren, bedeuten eine Abwärtsspirale: Rückläufige Entwicklungen werden dominant und tendieren dazu, sich wechselseitig zu verstärken. Wenn die Bevölkerung schrumpft und Arbeitsplätze verloren gehen, sinken Kaufkraft- und Realsteuerkraft, es wird weniger in private Betriebe und öffentliche Infrastruktur investiert. Dies verstärkt wiederum Schrumpfungsprozesse von Arbeitsplätzen und Bevölkerung. Eine Stadt oder Gemeinde ist umso mehr mit dem Problem Schrumpfung konfrontiert, je stärker die Bevölkerungsabnahme, je größer die Wanderungsverluste, je stärker der Arbeitsplatzrückgang, je höher die Arbeitslosigkeit und je geringer die Realsteuerkraft und die Kaufkraft sind.

Konzentrieren wir uns auf die schrumpfenden Städte und Gemeinden, also insbesondere die, die laut Artikel 10 der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2010 als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge bzw. in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden sollen. Fast ein Drittel aller Klein- und Mittelstädte und weit mehr als die Hälfte aller ländlichen Gemeinden vor allem im Osten schrumpfen (siehe Karte 2). Aber auch der Westen ist zunehmend betroffen. Analysen im Zeitvergleich zeigen, dass im letzten Jahrzehnt hier viele vormals



Dr. Hans-Peter Gatzweiler, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

wachsende und stabile Städte und Gemeinden in Richtung Schrumpfung gerückt sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Gemeinden in ländlichen Räumen außerhalb der Großstadtreionen, sondern auch um Städte und Gemeinden, die lange Zeit Gewinner des Suburbanisierungsprozesses waren.

Schrumpfungprozesse werden eine Herausforderung für die Raum- und Stadtentwicklungspolitik bleiben. Ausgehend vom anhaltenden wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandel lassen sich die mittelfristigen Perspektiven von Städten und Gemeinden vereinfacht an drei Indikatoren festmachen: der prognostizierten mittelfristigen Entwicklung der jungen, erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 40 Jahren, der prognostizierten mittelfristigen Entwicklung der älteren Bevölkerung, den über 60jährigen, und am Beschäftigtentrend im Dienstleistungssektor, für den insgesamt mittelfristig noch ein Arbeitsplatzwachstum erwartet wird.

Gemessen an diesen Indikatoren sind mittelfristig kaum Verbesserungen zu erwarten. Eher schlechte

Aussichten dürften vor allem Städte und Gemeinden haben, die viele jüngere Menschen verlieren, in denen die Bevölkerung altert und in denen sich der Dienstleistungssektor negativ entwickelt. Vor allem diese Kommunen müssen Antworten auf die Schrumpfungprozesse finden. Betroffen sind fast die Hälfte aller Kleinstädte und ländlichen Gemeinden und mehr als ein Drittel aller Mittelstädte in Deutschland.

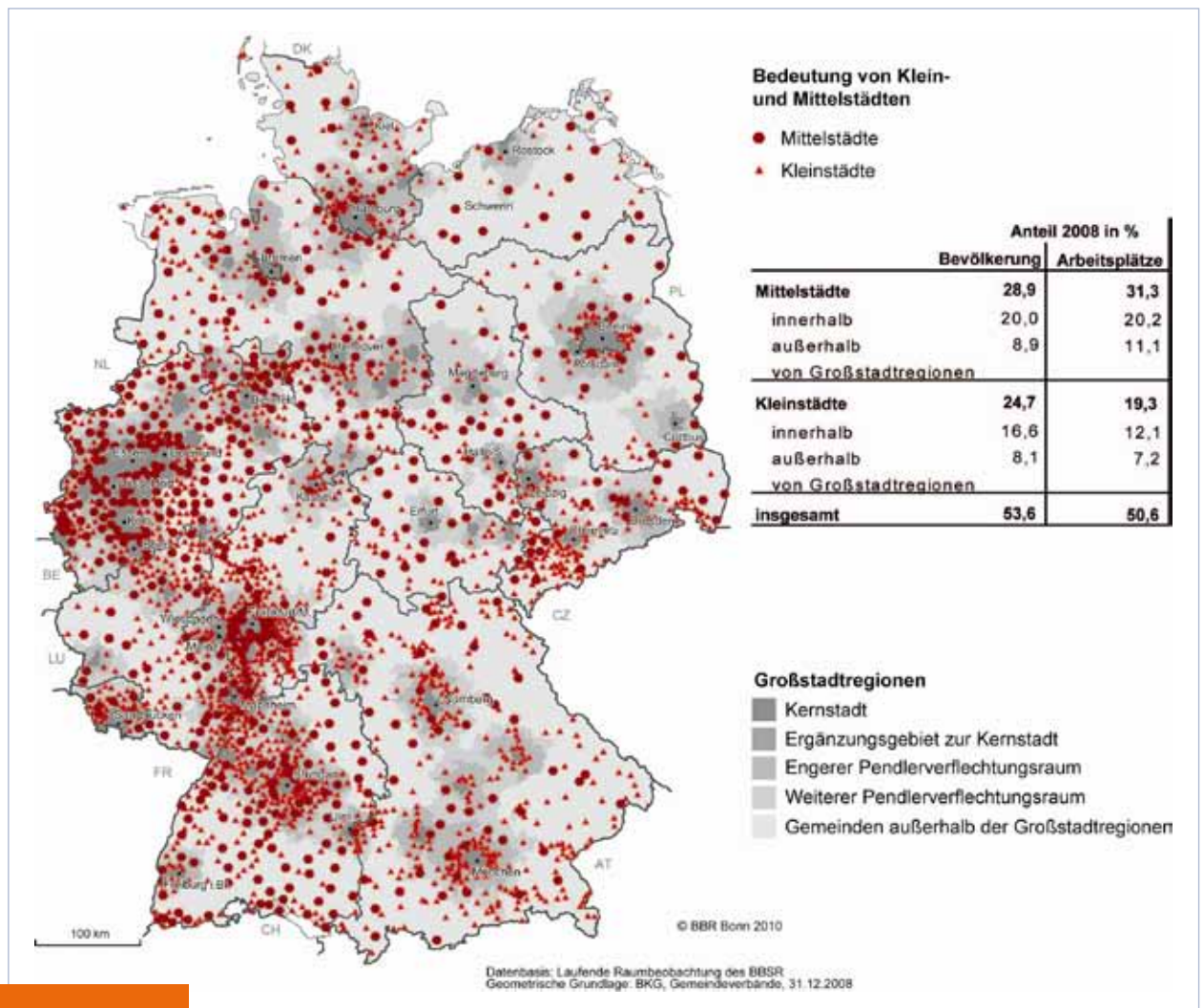
Wenn Gemeinden schrumpfen, beeinflusst dies die Zufriedenheit mit dem Wohnort (siehe Abb. 1). Das zeigt die jährliche repräsentative Bevölkerungsumfrage des BBSR. Danach sind die Menschen in schrumpfenden Mittelstädten sowie Kleinstädten und Landgemeinden am wenigsten zufrieden mit ihrem Wohnort. Wenn aber die Menschen unzufrieden sind mit den Lebensverhältnissen vor Ort, weil etwa Arbeitsplätze fehlen oder die Infrastruktur unzureichend ist, droht Abwanderung, die Abstimmung mit den Füßen. Für die jüngere Vergangenheit zeigt sich, dass es vor allem schrumpfende Kleinstädte und Landgemeinden sind, also die Zielgruppe des neuen Programms der Städtebauförderung, die von zunehmenden Wanderungsverlusten betroffen sind (siehe Abb. 1).

4.

Das neue Städtebauförderungsprogramm zielt darauf ab, unter Bündelung mit weiteren Förder- und Finanzierungsquellen kleinere Städte und Gemeinden darin zu unterstützen, wichtige Versorgungsfunktionen dauerhaft und bedarfsgerecht für die Bevölkerung zu sichern. Hier soll auf einige charakteristische, signifikante Unterschiede im infrastrukturellen Grundversorgungsangebot zwischen schrumpfenden und wachsenden Mittelstädten, Kleinstädten und ländlichen Gemeinden hingewiesen werden (siehe Abb. 2).

Was Einrichtungen betrifft, die der täglichen Bedarfsdeckung dienen, z. B. Einzelhandelsgeschäfte, Bäckereien, Metzgereien, Gaststätten usw., ist die Dichte des Angebots in schrumpfenden Städten und Gemeinden deutlich geringer. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei wichtigen Dienstleistungseinrichtungen wie Postfilialen, Sparkassen-/Bankfilialen oder Polizeidienststellen. Und auch in der Gesundheitsversorgung, die für eine alternde Bevölkerung immer wichtiger wird, offenbaren sich schon heute beträchtliche Unterschiede.

Für Analysen des Versorgungsgrades reicht es allerdings nicht aus, lediglich das Vorhandensein von Einrichtungen zu prüfen. Neben unterschiedlichen Qualitäten bestimmen vor allem die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten den Versorgungsgrad. So sollten Infrastruktureinrich-



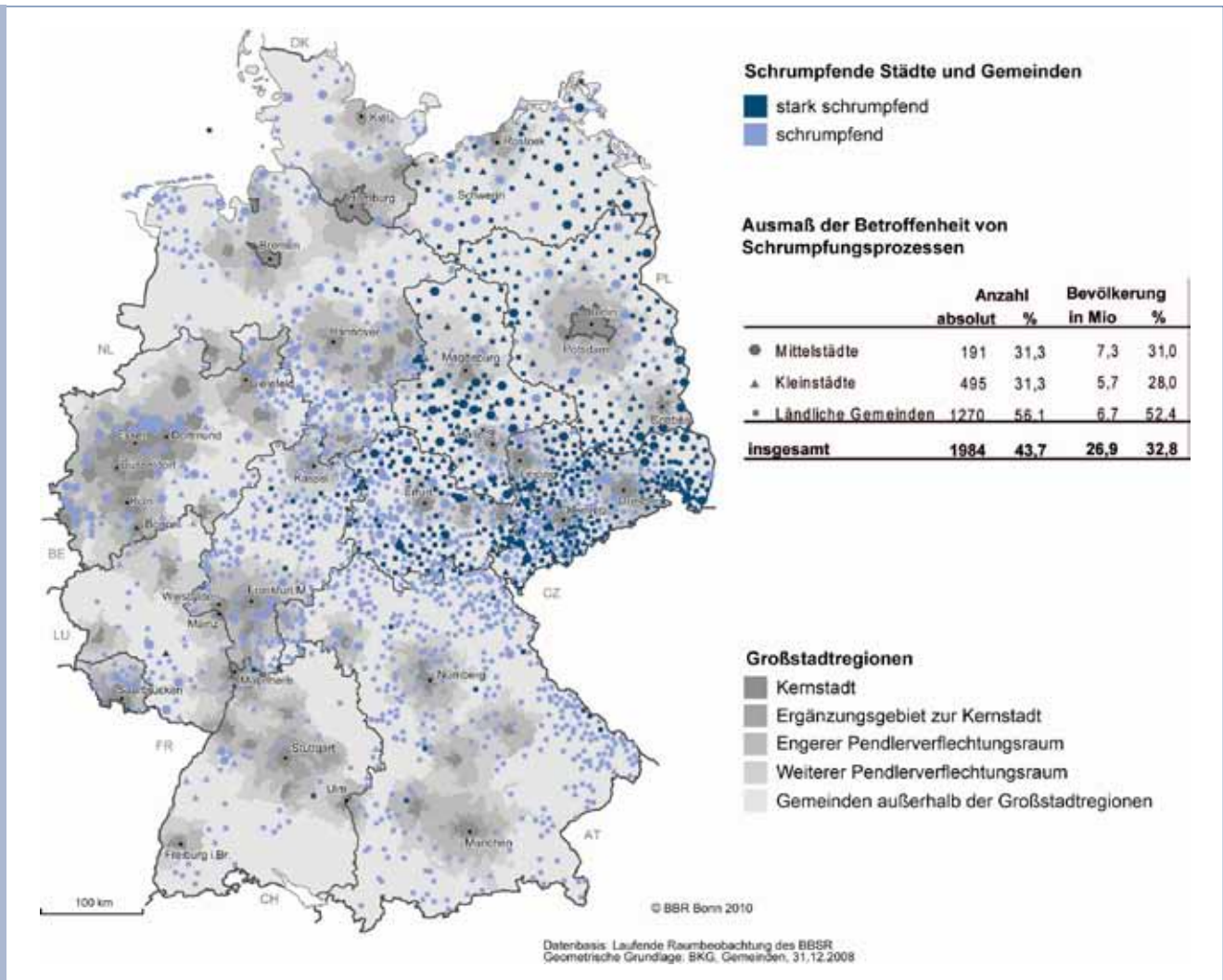
Karte 1: Bedeutung von Klein- und Mittelstädten, Quelle: BBR Bonn

tungen, die wichtige Alltagsbedürfnisse abdecken, wohnungsnah, d. h. innerhalb von rd. 10 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Dies gilt etwa für ÖPNV-Haltestellen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Grundschulen, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf. Die Bevölkerungsumfrage des BBSR zeigt, dass schrumpfende Städte und Gemeinden eine deutlich schlechtere wohnungsnah Infrastrukturversorgung aufweisen.

Infrastrukturangebote des gehobenen Bedarfs wie Gymnasien, Volkshochschulen, Krankenhäuser, Fachärzte, Kultureinrichtungen finden sich zumeist in Mittelstädten. Hier ist weniger deren fußläufige Erreichbarkeit wichtig; vielmehr kommt es darauf an, dass gerade jüngere und ältere Menschen ohne Pkw, die in den Umlandgemeinden wohnen, die Einrichtungen in den Mittelstädten gut mit dem ÖPNV erreichen können. Analysen der ÖPNV-Versorgung belegen deutliche Unterschiede in der Erreichbarkeit von Mittelzentren zwischen Stadt

und Land. In vielen ländlichen Gebieten außerhalb der Großstadregionen benötigt man schon in der Hauptverkehrszeit, d. h. morgens zwischen 6.30 und 8.30 Uhr, eine Stunde und mehr, um das nächste Mittel- oder Oberzentrum zu erreichen. Die Frage, wie sich Mobilität in nachfrageschwachen ländlichen Regionen sichern lässt, ist deshalb für Konzepte und Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge wesentlich.

Alles in allem ist zu befürchten, dass infolge der mittelfristig absehbaren Bevölkerungsentwicklung bislang übliche Mindeststandards der Infrastrukturversorgung und die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen gerade in dünn besiedelten ländlichen Räumen mit Schrumpfungstendenzen unterschritten werden. Eine einfache Modellrechnung für Mittelbereiche zeigt das Problem. Mittelbereiche bilden die Verflechtungsbereiche für die Versorgung mit Gütern des gehobenen Bedarfs ab und sind i. d. R. einem Mittelzentrum zugeordnet.



Karte 2: Schrumpfende Städte und Gemeinden, Quelle: BBR Bonn

Legt man Orientierungswerte der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) für die Gefährdung der Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen im Mittelzentrum zugrunde, führt die absehbare Bevölkerungsabnahme vor allem in dünn besiedelten ländlichen Räumen zu Problemen in der Versorgung. Das Infrastrukturangebot ist hier bereits jetzt teilweise nicht mehr tragfähig (Karte 3). Diese Versorgungsdefizite könnten sich noch verstärken.

5. Ein Handlungsschwerpunkt des neuen Städtebauförderungsprogramms ist die Förderung überörtlicher Kooperationen, um die Infrastrukturversorgung zu sichern. Städte und Gemeinden sollen zusammenarbeiten und sich über gemeinsame Versorgungseinrichtungen abstimmen, um teure Doppelstrukturen zu vermeiden.

Handlungsanleitungen dafür wurden u. a. in zahlreichen Modellvorhaben erprobt. Hier sei auf einen

jüngst in der Reihe „Werkstatt: Praxis“ veröffentlichten, praxiserprobten Leitfaden „Regionale Daseinsvorsorgeplanung“ des BMVBS hingewiesen. Der größte Bedarf für interkommunale Kooperation, d. h. für die Nutzung dieses Leitfadens und die Inanspruchnahme des neuen Förderprogramms, dürfte in Mittelbereichen liegen – wo also Bevölkerungsrückgang, geringe Tragfähigkeit und viele Gemeinden eines Mittelbereichs zusammenkommen.

Interkommunale Kooperation hat räumliche und bauliche Folgen. Denn die benachbarten Gemeinden müssen vereinbaren, wer künftig welche Beiträge zur Infrastrukturversorgung leistet. Wer behält also das Schwimmbad, die öffentliche Bibliothek, die weiterführende Schule?

Aber viel bedeutsamer ist: Die städtebaulichen Folgen dieser notwendigen Aushandlungsprozesse sind absehbar. Was passiert mit den geschlossenen Einrichtungen? Welche Auswirkungen hat dies auf die

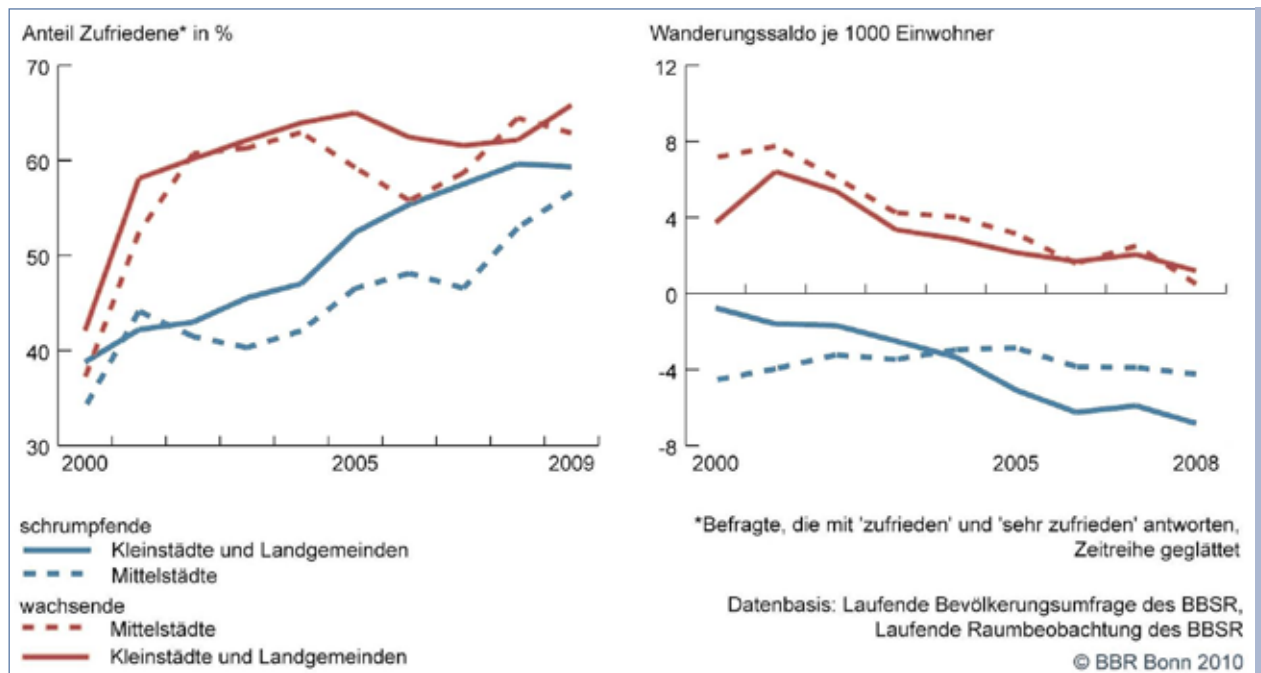


Abb. 1: Zufriedenheit mit dem Wohnort und Wanderungen in schrumpfenden/wachsenden Städten und Gemeinden, Quelle: BBR Bonn

Standorte in der „Verlierergemeinde“? Kann es eine Aufwertung des öffentlichen Raums, von identitätsstiftenden Orten mit hoher städtebaulicher Qualität geben? Wie überwindet man den „Bürgermeisterwettbewerb“ im Umgang mit Investoren und bei dem notwendigen Rückbau von leer stehenden Gebäuden? Alles Fragen, die zu konkreten städtebaulichen Herausforderungen führen, wie sie schon aus dem Stadtumbau reichlich bekannt sind.

Allerdings konzentrieren sich die baulichen Förderatbestände des neuen Programms insbesondere auf die bedarfsgerechte Anpassung und Sanierung von Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge, damit die kooperierenden Kommunen oder Ortsteile diese gemeinsam effizient nutzen können. Gleichwohl können aber die Erfahrungen aus der bewährten Stadtumbau-Ost- und -West-Förderpraxis für die Umsetzung des neuen Programms hilfreich sein. Denn schon heute sind Mittel- und Kleinstädte in ländlichen Räumen in hohem Maße an den Stadtumbauprogrammen beteiligt, wie die Karte der Fördergemeinden zeigt (Karte 4).

Wegweisend für die Ausgestaltung des neuen Städtebauförderprogramms kann vor allem auch die Stadtumbau-Förderpraxis mit der Förderkondition kommunaler Kooperationen sein. Im Leitfaden zur Ausgestaltung des Programms Stadtumbau West heißt es: Das Umdenken von der wachsenden zur schrumpfenden Stadt erfordert eine Überprüfung und Überarbeitung bisheriger Konzepte der Stadt-

entwicklung und eine deutlich verstärkte Abstimmungsnotwendigkeit im interkommunalen und regionalen Kontext. Eine 2009 von der Transferstelle des Städtebauförderprogramms Stadtumbau West durchgeführte Umfrage belegt, dass diese Forderung zunehmend umgesetzt wird. Bei den beteiligten Kommunen handelt es sich in erster Linie um kleinere und ländliche Kommunen. Bei den interkommunalen Stadtumbau-Projekten besitzen diejenigen die höchste Relevanz, die das Ziel haben, den Wirtschaftsstandort anzupassen. Demgegenüber sind interkommunale Projekte bei der Anpassung sozialer und technischer Infrastruktur von erheblich geringerer Bedeutung. Hier liegt deshalb die Chance zur inhaltlichen Profilierung des neuen Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“.

Neben der Städtebauförderung und deren stärkerer Ausrichtung auf Klein- und Mittelstädte gibt es weitere wichtige Förderinstrumente für Städte und Gemeinden im demografischen Wandel, z. B. im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Bewährt hat sich vor allem der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, der meist nur unter seiner Kurzbezeichnung ELER bekannt ist. Hervorzuheben ist hier vor allem das LEADER-Programm zur Anpassung von Angeboten der Daseinsvorsorge in Kleinstädten bzw. Ankergemeinden in ländlichen, dünn besiedelten Räumen.

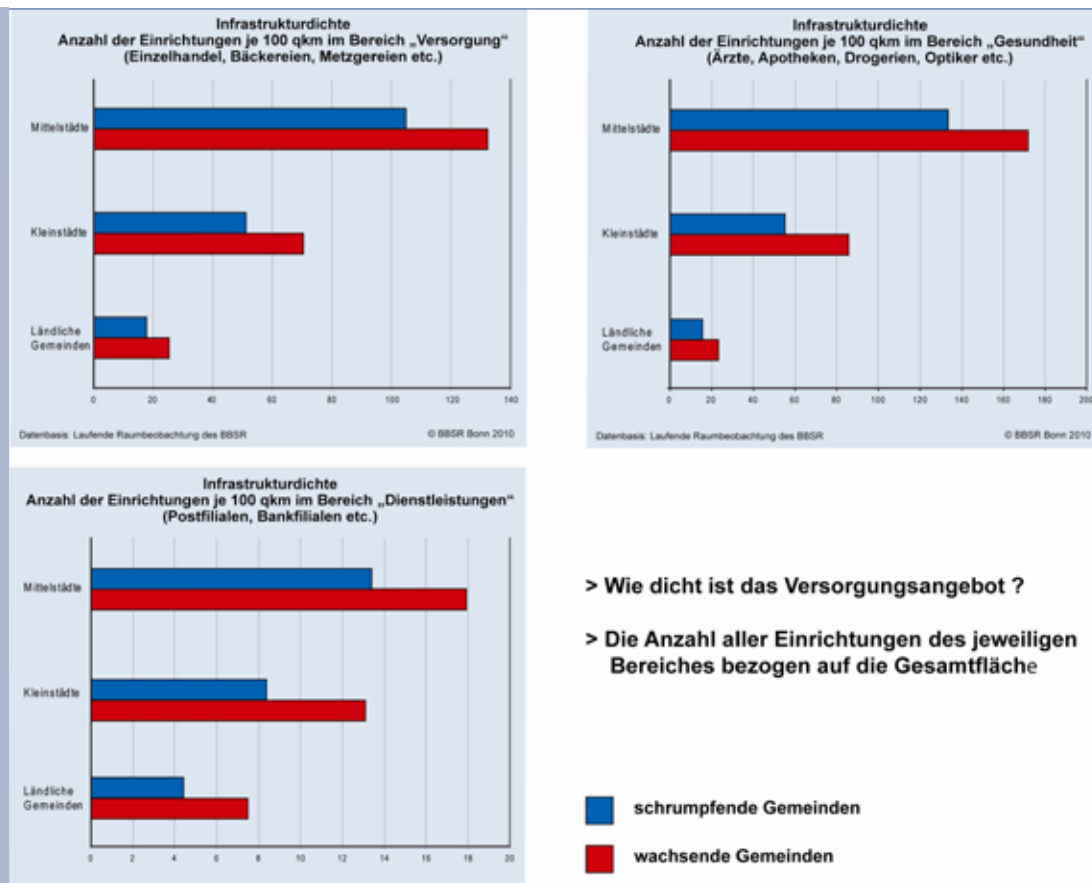


Abb. 2: Regionale Disparitäten in der Infrastrukturversorgung, Quelle: BBR BONN

In der Zusammenschau von Städtebauförderung und LEADER-Förderprogrammen zeigt sich, dass schon heute viele Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen von beiden Fördertöpfen profitieren, ohne dass sie miteinander verbunden oder strategisch aufeinander abgestimmt sind (siehe Karte 4).

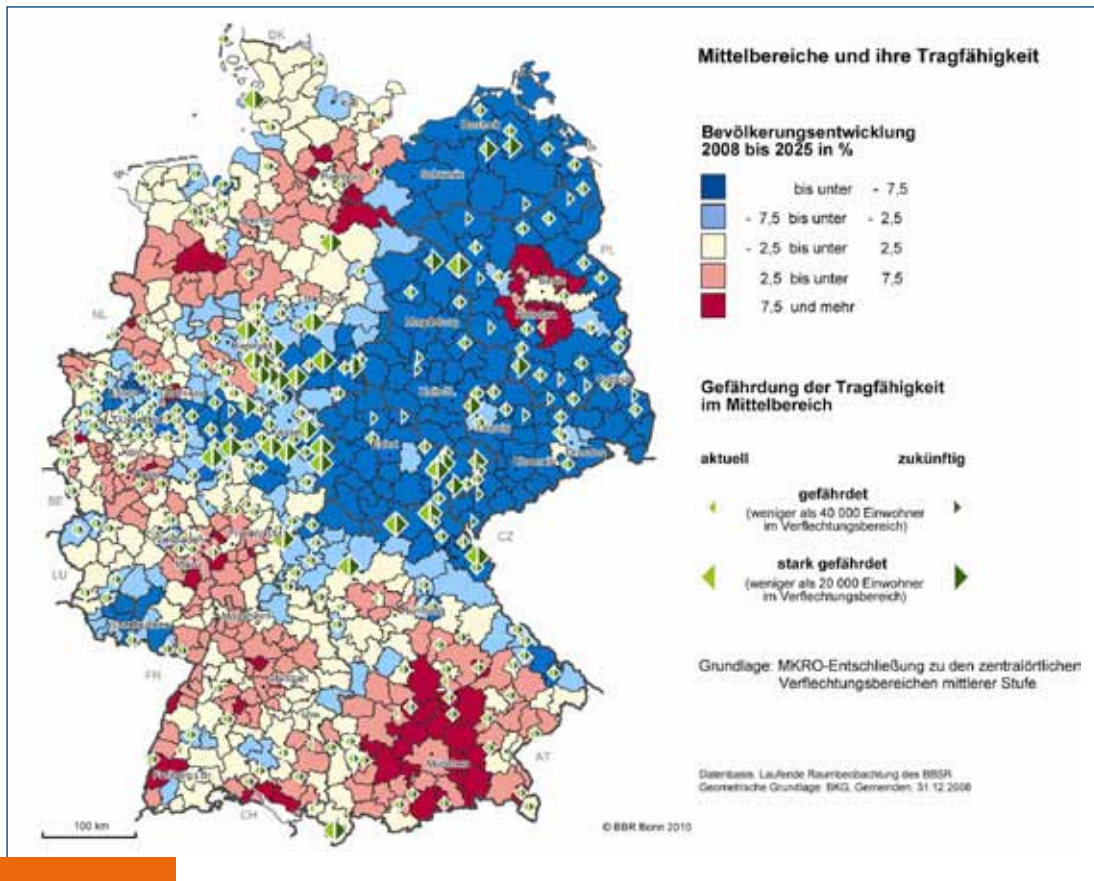
Fazit

Erstens bleibt festzuhalten, dass das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ mit seiner Schwerpunktsetzung „Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorgeinfrastruktur auf der Grundlage interkommunaler Abstimmung“ den aktuellen und mittelfristig absehbaren Herausforderungen für Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen Rechnung trägt. Ob die Mittelverteilung auf die Länder allerdings problemgerecht genug ist, darüber lässt sich ggf. streiten.

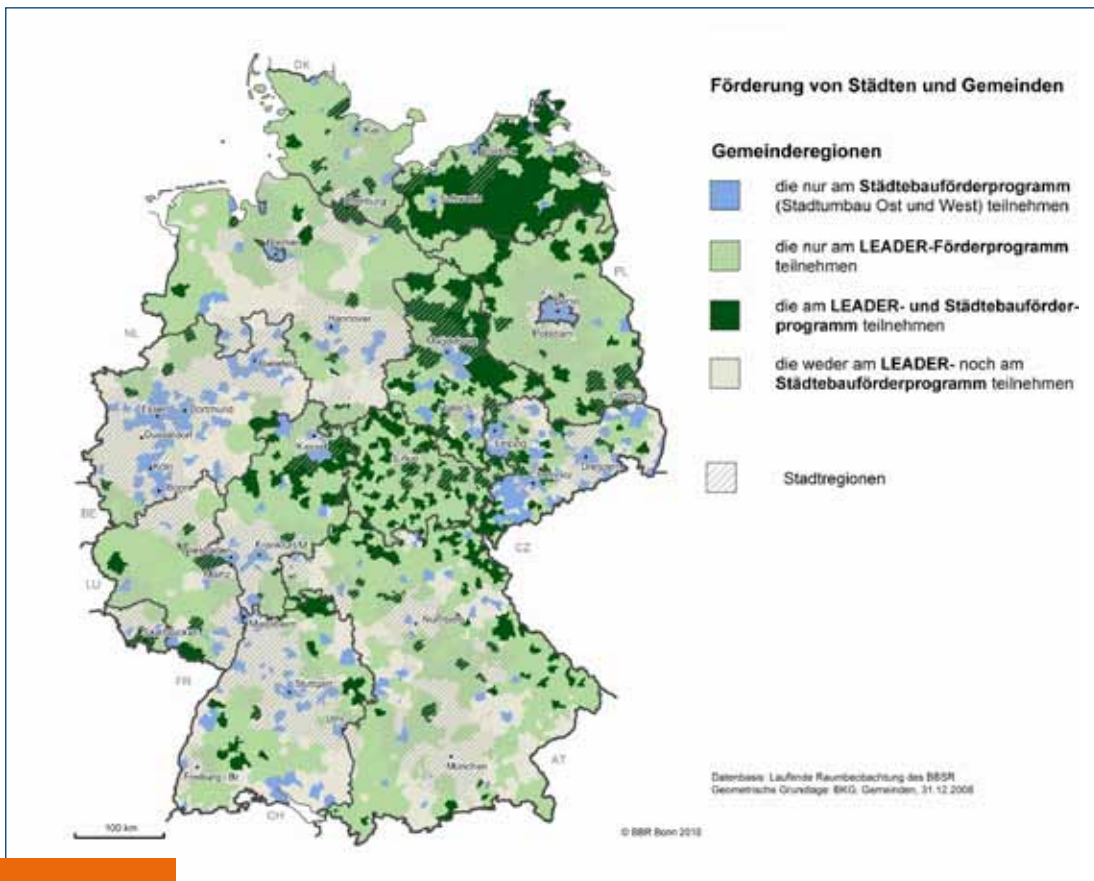
Zweitens ist nicht nur die Förderung interkommunaler Kooperation oder von Netzwerken für eine gemeinsame Sicherung der Daseinsvorsorge zu begrüßen, sondern es wäre auch wünschenswert, sie als eine verbindliche Fördervoraussetzung für

Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu betrachten. Die demografischen Veränderungen und knappe Kassen erfordern es, die „Kirchturmpolitik“ zu verlassen, um gemeinsam mit Nachbarkommunen Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen bzw. das erreichte Versorgungsniveau zu erhalten.

Drittens ist es wünschenswert, dass es mittelfristig verstärkt gelingt, Städtebaufördermittel für Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen gezielter mit anderen verwandten Förderprogrammen wie z. B. ELER/LEADER zu verbinden. Bündelung ist das Gebot der Stunde. Damit würde die Entwicklung dieser Räume noch wirkungsvoller unterstützt. Letztlich ist dies eine politische Bringschuld von Bund und Ländern.



Karte 3: Mittelbereiche und ihre Tragfähigkeit, Quelle: BBR Bonn



Karte 4: Förderung von Städten und Gemeinden, Quelle: BBR Bonn



„Eine kluge Stadtentwicklung wird in Zukunft unterschiedlichste Akteure integrieren, plant ressortübergreifend und sieht Kooperationen nicht mehr als bloße Kommunikationsexperimente, sondern als große Chancen an.“

Dr. Sonja Beck

Drive Thru Gallery in Aschersleben, Quelle: Ursula Achternkamp

Stärken von Klein- und Mittelstädten: Eindrücke von der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010

Dr. Sonja Beeck, IBA-Büro GbR

In einer Zeichnung des Architekturtheoretikers Yona Friedmann von 1960 sieht man in der Umrisslinie Europas ein feines Netz aus schwarzen Linien und roten Punkten. Die drei Elemente konstituieren die Utopie eines Europas ohne Nationalstaaten, das von starken Städten geprägt ist. Heute wissen wir, dass diese Vision noch nicht vollends Realität ist, aber doch auf ein altbekanntes, signifikantes Kennzeichen Europas baut – die Städte. Und dabei ist nicht allein an die erst in den letzten zwei Jahrhunderten zu Metropolen angewachsenen Städte gedacht, sondern vor allem die vielen Klein- und Mittelstädte sind es, die Raum und Kultur Europas über die Jahrhunderte geprägt haben und weiterhin prägen werden. Soziologen und Historiker, von Max Weber und Georg Simmel bis zu Karl Schlögel und Walter Siebel haben in ihren Schriften immer wieder auf die Bedeutung und Merkmale der „Europäischen Stadt“ für die Entwicklung dieses Kontinents hingewiesen. Sie beschreiben diese nicht nur als eine Ansammlung kunsthistorisch bedeutender Steinkompositionen, sondern sehen sie vor allem als Keimzelle des politischen Gemeinwesens, als Medien einer sich stets erneuernden, kritischen, aufgeklärten Kultur in Europa, die unsere Demokratien tragen und zugleich den Stolz der Bürgerschaften repräsentieren.

In der heute noch nachhaltig prägenden Zeit der Industrialisierung war Wachstum der entscheidende Leitfaden zur Entwicklung einer modernen, erweiterten Stadtstruktur. In den letzten Jahrzehnten hingegen wurde durch die Verschiebung der Produktionsbedingungen in einer globalisierten Wirtschaftsstruktur und durch den demografischen Wandel in den westlichen Industrieländern deutlich, dass sich ein Großteil der Städte nicht mehr auf dem Wachstumspfad befindet und dass sich lokal sehr differenziert die Niederschläge der globalen Tendenzen auswirken. So kann man heute in Europa eine deutliche Polarisierung des Raumes feststellen. Während einzelne Städte als Metropolenregion teilweise noch stark wachsen, verlieren andere Städte und Regionen dramatisch an Bevölkerung.

Besonders deutlich wird das Phänomen eines sich entleerenden und überalternden Raumes im Bundesland Sachsen-Anhalt. Hier kulminieren seit der Wende im Wesentlichen drei Faktoren: Eine flächendeckende De-Industrialisierung, ein demografischer Wandel mit höherer Sterbe- als Geburtenrate sowie starken Abwanderungen in andere Landesteile und die räumlichen Auswirkungen der staatlich subventionierten Suburbanisierung seit 1990.

Was aber die Problemlage in Ostdeutschland besonders macht, ist das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Entwicklungen seit der Wende. Das Land Sachsen-Anhalt hat zum Beispiel seit 1989 etwa 17 Prozent seiner Bevölkerung verloren, weitere Verluste sind in der Zukunft zu erwarten. Einige Prognosen erwarten, dass 2060 nur noch 1,6 Millionen statt der momentan noch 2,6 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt leben werden – halb so viele Einwohner wie noch 1950.

Man muss kein dezidiertes Stadtforscher sein, um sich ausmalen zu können, dass diese Entwicklungen deutliche Konsequenzen für die Städte selbst haben. Diese zeigen sich in einer komplexen Problemlage von leer stehenden Gebäuden, einem problematischen Grundstücks- und Immobilienmarkt, sich verändernden sozialen und kulturellen Strukturen, zwangsverwalteten Gemeindehaushalten und einem Erodieren von politischem Interesse insgesamt. Gerade der Bedeutungsverlust auch nach außen lässt sich beispielgebend an der sukzessiven Abkoppelung der Städte Sachsen-Anhalts aus dem Netz der Deutschen Bahn ablesen.

IBA STADTUMBAU 2010

Die IBA Stadtumbau 2010 speiste sich von Anfang an deshalb genau aus diesen beiden Überlegungen: Wie stabilisiert man diese Klein- und Mittelstädte und ist Entwicklung ohne Wachstum möglich? Zum einen ist davon ausgegangen worden, dass es auch weiterhin die vielen kräftigen europäischen Städte sein werden, die maßgeblich zur Stabilisierung von leer werdenden Räumen beitragen, die Träger von Kultur sind und somit auch zur politischen Stabilität beitragen



Dr. Sonja Beeck, IBA-Büro GbR

und sie deshalb eine unterstützende Stärkung erfahren müssen. Zum anderen war es eine den IBA-Prozess immerzu begleitende Fragestellung, ob Wachstum die einzige Richtung für Entwicklung ist, oder ob wir es hier mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel auch in der Stadtentwicklung zu tun haben.

Im Jahr 2002 rief die Landesregierung von Sachsen-Anhalt deshalb eine Internationale Bauausstellung aus, um unter anderem diese Fragen näher zu untersuchen. Sie beauftragte die Stiftung Bauhaus Dessau und die Landesentwicklungsgesellschaft SALEG mit der Vorbereitung und Durchführung einer IBA. So machte sich Sachsen-Anhalt das in Deutschland eingeführte und renommierte Instrument einer IBA als Experimentierraum und Ausnahmezustand auf Zeit zu Nutze.

In diesen Jahren entwickelten 19 ganz unterschiedliche Städte bis 2010 individuelle Expertisen für die Gestaltung von Schrumpfungsprozessen. Für die Teilnahme an dem IBA-Labor mussten die einzelnen Städte ein sogenanntes IBA Thema benennen. Das jeweilige IBA Thema beschreibt die Idee für eine maßgeschneiderte Profilentwicklung einer Stadt.

Die jeweiligen Städte haben sich dem komplexen Problem der Schrumpfung aus unterschiedlichen Richtungen genähert. Konzeptionell waren die 19 Städte angehalten, innerhalb des IBA Zeitraumes von 2003 bis 2010 zu dem gewählten IBA Thema zu arbeiten und Projekte zu entwickeln. So sieht man im Präsentationsjahr ein Kaleidoskop von unterschiedlichen Lösungen und Ansätze, wie man in Zukunft kleiner und besser werden kann, wie man Schrumpfungsprozesse geschickt strukturiert und dass der physische Umbau der Städte nicht der einzige Weg ist.

ASCHERSLEBEN

So zeigt die Stadt Aschersleben einen sehr klaren und dennoch experimentellen IBA Beitrag. Das Stadtentwicklungskonzept und das städtische Leitbild sehen zum einen eine konsequente Schrumpfung von außen nach innen vor und zum anderen eine integrierte Handlungsweise in den Feldern Wirtschaftsförderung, Schul- und Bildungsentwicklung und Stadtumbau. Aschersleben hat in den letzten Jahren an den Rändern viel Bausubstanz abgerissen und die Innenstadt baulich und durch die Rückansiedelung von ehemals peripheren Funktionen gestärkt. Begleitende Unterstützung erfuhren diese Maßnahmen durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die ebenfalls mit Abriss von Bauten in städtischer Randlage und Neubauten- bzw. Umbauten in zentraler Lage diese Strategie verfolgte. Die stärkste räumliche Konsequenz dieser Schrumpfungstrategie erfuhr eine vielbefahrene Ringstraße, die nah am Zentrum ganz Aschersleben durchzieht. In dieser Straße, die täglich von 17.000 Pkw und Lkw durchfahren wird, wohnen kaum noch Menschen. Die Häuser waren grau, die Atmosphäre vor allem nachts gespenstisch und die Situation an der Ortsdurchfahrt insgesamt war keine wirklich gute Visitenkarte für die Stadt. Aschersleben galt vielen deshalb auch als hässlichste Stadt in Sachsen-Anhalt; dass sie zudem die älteste Stadt des Landes mit wunderbarer Altstadt ist, blieb vielen lange verborgen. Im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 wurde mit drei sich komplementierenden Strategien an der Konversion dieses problematischen Raums entlang der Ortsdurchfahrt gearbeitet.

Der strategische Neubau

Inmitten der Stadt, direkt an der Durchfahrt gelegen, stand das Gebäude der ehemaligen Optima Kartonagefabrik jahrelang dem Verfall preisgegeben. Der graue, verfallene Koloss war der Schandfleck der Stadt, eine geeignete Nutzung nicht in Sichtweite. Im Zuge der IBA wurde Schulentwicklung eines der drei Themen in Aschersleben. Denn um die Stadt auch nachhaltig sozial zu stabilisieren, ist der Wert von guten Schulen und guter schulischer Ausbildung entscheidend. Das ehemalige Fabrikgelände und die dazugehörigen Villen wurden in den letzten



400 qm Dessau, Quelle: Doreen Ritzau

Jahren zum Schulcampus Bestehornpark entwickelt. Der leer stehende Hauptbau wurde durch einen schwungvollen Seitenflügel nach dem Entwurf des Architekten Arno Lederer aus Stuttgart komplettiert, so dass seit diesem Jahr nicht nur eine Grundschule, eine Hauptschule, sondern auch eine Schule für Krankenpflege den zentralen Schulcampus beleben.

Die kluge Konversion

Durch das Freiräumen und geschickte Bebauen des ehemaligen Optimageländes und durch die Öffnung des überbauten Laufes des Flusses Eine, sowie unter Einbeziehung zweier historischer Parks konnte in Aschersleben eine attraktive, fließende Stadtlandschaft erschlossen werden. Sie ermöglicht kurze Wegeverbindungen und trägt maßgeblich zur Stabilisierung des Immobilienmarktes in der historischen Altstadt bei. Es gelang zusätzlich mit dem konsequenten Konzept einer innerstädtischen Landesgartenschau, die neu erschlossenen Flächen sehr anspruchsvoll zu gestalten und 2010 spätestens für viele tausend Gäste mit dem Vorurteil aufzuräumen, Aschersleben sei eine hässliche, graue Stadt.

Kunst als Kommunikations- und Entwicklungsstrategie

In Bezug auf die Durchfahrtsstraße entwickelte die Stadt im Rahmen der IBA eine weitere konsequente wie auch innovative Strategie. Die leer stehende Bausubstanz wurde abgerissen, auf die leer gewordenen Grundstücke zogen zum einen für die Altstadt stabilisierenden Logistikfunktionen wie Supermärkte. Eine Entwicklung, die ebenfalls maßgeblich zur Stärkung der historischen Innenstadt beiträgt, denn mit Blick auf eine älter werdende Gesellschaft ist eine fußläufige Einkaufsinfrastruktur eine entscheidende Voraussetzung für die selbstverständliche Belebung der Altstadt. Zum anderen eröffnete in Aschersleben 2007 die erste DRIVE THRU Gallery in Deutschland. Vor dem Hintergrund von 17.000 Fahrzeugen lag die Überlegung nahe, diesen Raum, der so öffentlich und frequentiert ist wie wenige in der Stadt, als Raum für Kommunikation zu nutzen. Sukzessive zogen Plattformen für wechselnde Kunstausstellungen oder singuläre Werke verschiedenster Künstler in Ecken und Nischen von leer stehenden Häusern oder Brachen. In einer Serie von öffentlichen Veranstaltungen wurden



Stadtentwicklungsstrategie Dessau, Quelle: Kerstin Faber

unterschiedliche Kunstwerke aus ihrer figurativen Dimension in die performative überführt. Gerade die große Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an der Entwicklung der DRIVE THRU Gallery verband sich aufs Beste mit der ersten Strategie: Stärkung der Bildungsinfrastruktur.

In der Zusammenschau ist Aschersleben heute zu einer anderen Stadt geworden. Heiter, bunt und lebendig erscheint die älteste Stadt Sachsen-Anhalts und gibt einen Hinweis darauf, dass die mehr als tausend Jahre alten und wertvollen Städte immer weiter gebaut werden können und neue inhaltliche Programme interessante Brüche setzen sowie Fortführungen ermöglichen, die belebend auf die Stadtgesellschaft wirken.

DESSAU-ROSSLAU

Die Stadt Dessau startete mit ganz anderen Voraussetzungen in die IBA. Anders als in Aschersleben ist von dem historischen Zentrum der Stadt nach starken Luftangriffen im Zweiten Weltkrieg wenig übriggeblieben. Zudem ist durch die Vernachlässigung der historischen Bausubstanz während der DDR-Zeit und einer sprichwörtlich einschneidenden Deindustrialisierung nach der Wende von der vormalig starken Industrieregion im Allgemeinen und der Stadt im Besonderen kaum noch etwas zu sehen. Hinzu kommt seit 1989 ein dramatischer Bevölkerungsverlust von ehemals 100.000 Einwohnern auf 80.000 Einwohnern heute

und einer ebensolchen Prognose der Schrumpfung für die kommenden fünfzig Jahre. Diese Zahlen zu einer gleich groß gebliebenen Stadtfläche in Bezug gesetzt, zeigen, dass die Stadt unter einer stark ausgedünnten Stadtstruktur leidet. Mit dem IBA Thema „Urbane Inseln und landschaftliche Kerne“ wurde deshalb in Dessau ein konsequent, den vorgefundenen Charakteristika entsprechendes Konzept für Verdichtung des Stadtkörpers entwickelt. Die Umsetzung dieses Konzeptes erfordert zwei parallele Arbeitsstränge. Zum einen muss die durch Abriss neu entstehende Landschaft entwickelt und zum anderen müssen die verbliebenen Quartiere als urbane Kerne gestärkt werden. Zur Herstellung der Landschaften ist der Abriss in bestimmten Zonen konzentriert worden. Die unterschiedlichen Abrissgrundstücke wachsen sukzessive zu einem erkennbaren Landschaftszug zusammen, der sich nahtlos räumlich wie auch ästhetisch an das nahegelegene Vorbild, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich anschließt. Die Weite mit Wiesen, erkennbaren Horizontkanten und gut gesetzten Blickpunkten sind ästhetische Merkmale des Gartenreiches, die auf ähnliche Weise nun in die Stadt geholt werden. Gerade die Verknüpfung mit dem Gartenreich ist für die Bürger Dessaus, wie in vielen begleitenden Bürgergesprächen ermittelt wurde, ein positiv besetztes und Identität stiftendes Bild. In all den Jahren der IBA legte die Stadt Dessau-Roßlau besonderen Wert auf die Vermittlung und stetige Kommunikation dieses zunächst

einschneidenden Prozesses. Die wichtigsten Projekte der IBA in Dessau, der ROTE FADEN und „400 qm Dessau“, haben gezeigt, dass sie zugleich Kommunikationsprojekte wie auch Stadtentwicklungsprojekte sind.

Als ein Asphaltband und eben Rad- oder Fußgängerweg erschließt der ROTE FADEN die zukünftigen Landschaftszonen. Dort wo der Weg noch nicht ausgebaut ist, weisen rote Fahnen den zukünftigen Weg und erlauben einen Blick auf die kommende landschaftliche Topographie. Entlang des Weges können alle Bürger nun sehr direkt erleben, wie sich die Stadt verändert. Dabei werden neue Routen eingeübt und Abkürzungen führen durch Bereiche mit Perspektiven, die vielen bisher kaum bekannt waren. Die 90 ha neuer Landschaft in diesem ersten großen Entwicklungsabschnitt stellt die Stadt naturgemäß vor die grundlegende Frage, wie diese in Zukunft bewirtschaftet bzw. gepflegt werden soll. Neben ihrer pflegeleichten Grundstruktur als Sukzessionswiesen entwickelte die Stadt Dessau mit dem ortsansässigen IBA-Büro die Idee, Patenschaften für bestimmte Flächen auszuloben. Die Bürger Dessaus haben seitdem die Möglichkeit, jeweils 400 qm in Pflege zu nehmen. Per Gestattungsvertrag können sie ein Quadrat von 20 m x 20 m bekommen, um dort eine Gestaltungs- oder Nutzungsidee zu realisieren. Mittlerweile sind rund 20 sogenannter Claims vergeben worden an eine sehr unterschiedliche Gruppe, vom Imkerverein bis zum Stammtisch von Wirtschaftsjunioren und dem Multikulturellen Zentrum Dessau.

WITTENBERG

In der Lutherstadt Wittenberg hingegen haben sich im Rahmen der IBA die lokalen Bildungsinstitutionen zu einem außeruniversitären Bildungsnetzwerk „Campus Wittenberg“ zusammengeschlossen. Es ist eine lose Verbindung von verschiedenen Bildungsinstitutionen in Form eines Vereins. Mit einer gemeinsamen Website und einem jährlich besser aufeinander abgestimmten Bildungsangebot versucht der Verein, seinem Namen und die Stadt Wittenberg ihrer jahrhundertealten Tradition gerecht zu werden. Das Spektrum reicht von einer Malereiklasse in den Cranachhöfen, über die gymnasialen Schulen der Stadt zur evangelischen Akademie, der theologischen Forschung im Predigerseminar und der Stiftung Luthergedenkstätten. Ziel der Vernetz-



Stadtentwicklungsstrategie Aschersleben: Von Außen nach Innen, Quelle: Ursula Achternkamp

ung ist die Werbung von Gästen, von sogenannten „temporären Bewohnern“. Diese Gäste bringen Leben und Kaufkraft, sie bringen Themen und Interesse und rekonstruieren dadurch immer auch einen Teil der verlorenen Identität der ehemals berühmten Universitätsstadt. Und insbesondere erzeugen die temporären Bewohner eine Nachfrage nach Räumen. Mehrere Denkmale konnten unter der Dachmarke Campus Wittenberg in Nutzung genommen werden und stehen nun als direkte oder flankierende Orte zur Verfügung. Die Jugendherberge am Schloss, das Boardinghaus für amerikanische Luthertouristen wie auch die neue Cranach-Herberge sind Orte der Gastlichkeit. Des Weiteren sind sowohl ein neues Konferenzzentrum als auch ein neues Museum für Stadt- und Regionalgeschichte im Entstehen.

FAZIT

Für das Handeln aller, die mit Stadtentwicklung zu tun haben, sei es beruflich oder als Bürger einer Stadt, geben die Lernprozesse im Rahmen der IBA einen deutlichen Fingerzeig für das, was sich im Planungshandeln langsam verändert: In Zukunft gilt es, viel selbstbewusster mit offenen Prozessen umzugehen. Planung in Schrumpfungskontexten wird nicht mehr über viele Jahre vorzuberechnen sein. Die Transformationsprozesse sind verunsichernd, schmerzhaft, politisch schwer kommunizierbar, dynamisch und komplex und brauchen deshalb trotz allem eine sichere Prozesssteuerung, die in kleinen Intervallen Entwicklungsziele und Projekte den Rahmenbedingungen anpasst und zeitlich und räumlich passgenau vorgeht. Die komplexen Prozesse werden nicht mehr aus dem Bürgermeisterbüro und aus dem Planungsamt alleine gesteuert werden können. Eine kluge Stadtentwicklung wird in Zukunft unterschiedlichste Akteure integrieren, plant ressortübergreifend und sieht Kooperationen nicht mehr als bloße Kommunikationsexperimente, sondern als große Chancen an. Denn gemeinsam, ob interkommunal oder partnerschaftlich, ist oft mehr Kraft zu entfalten, das Risiko wird zugleich minimiert und die entstehenden Synergien sind die Momente, die neue Kraft ins System schleusen. In Zukunft ist die Verantwortung für und die Investition in die Stadt auf mehr und breiteren Schultern zu verteilen. Ohne das Engagement der Bürger für das Gemeinwesen wird vieles nicht möglich sein. Man wird sehen, inwieweit sich das Städtische als Kapitalstock für Geld und Immobilien, als Ort sozialen und kulturellen Kapitals erweist, an dem die Bürger sich gewinnbringend beteiligen können. Das alles ist nicht umsonst zu haben und ist auch kein sprichwörtlich gewordenes Outsourcing von Verantwortung, sondern eine kluge Beteiligung aller Bürger. Auch mit dieser offensichtlichen und notwendigen Beteiligung der Bürger hat die IBA Stadtumbau 2010 das Rad der Stadtentwicklung nicht neu erfunden. Die europäischen Städte haben sich in ihren Blütezeiten immer schon an diese Rezepte gehalten.



„Das Stadtentwicklungskonzept ist für uns der mittel- und langfristige Fahrplan für die Zukunft.“

Franz Stahl, Bürgermeister der Stadt Tirschenreuth

Gute Beispiele der Städtebauförderung in Klein- und Mittelstädten

Die Programme der Städtebauförderung werden bereits seit vielen Jahren in zahlreichen Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen eingesetzt. Die Auswertung der Erfahrungen kann wichtige Informationen für die Weiterentwicklung der Städtebauförderung insbesondere für Kommunen in ländlich geprägten, dünn besiedelten Regionen liefern.

Vor diesem Hintergrund wurden Praxisbeispiele der Städtebauförderung in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes im Rahmen von Interviews mit den jeweiligen Oberbürgermeistern bzw. Bürgermeistern präsentiert.

Die Auswahl der sechs Klein- und Mittelstädte folgte dem Ziel, die breite Palette von Einsatzmöglichkeiten der Städtebauförderung im Hinblick auf Herausforderungen, Strategien und Projekte auszuwerten. Die Beispiele unterscheiden sich daher u.a. im Hinblick auf ihre Größe, Lage, Problemsituation, inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzung sowie eingesetzte Instrumente.

Die Dokumentation der Erfahrungen mit der Städtebauförderung konzentriert sich auf den folgenden Seiten bewusst auf Profilbildungen und Besonderheiten.



Teilnehmer der Interviewrunde

Biberach an der Riß, Baden-Württemberg: Die Sanierung des mittelalterlichen Stadtkerns



Baubürgermeister Christian Kuhlmann stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung in Biberach an der Riß im Rahmen eines Interviews vor.

Biberach an der Riß im Profil

Die Kreisstadt Biberach an der Riß mit heute über 32.000 Einwohnern liegt im nördlichen Oberschwaben, ca. 40 km südlich von Ulm.

Biberach blickt auf eine über 900-jährige Stadtgeschichte zurück: Schon 1281 Freie Reichsstadt, war die Entwicklung Biberachs im Mittelalter von der Textilherstellung geprägt. Mehrere Weberhäuser zeugen noch heute von dieser Epoche.

Entwicklungsschübe in der Folge der Industrialisierung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, die andere Städte auch in Oberschwaben nachhaltig beeinflusst haben, sind in Biberach ausgeblieben. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war daher die mittelalterliche Stadtstruktur noch weitgehend

erhalten. Ein geradezu explosionsartiges Wachstum folgte in der Nachkriegszeit: Zwischen 1945 und 1985 verdoppelte sich die Einwohnerzahl und viele Arbeitsplätze konnten angesiedelt werden. Heute stellt der moderne Wirtschaftsstandort mit weltweit tätiger Pharma- und Maschinenbauindustrie eine besondere Stärke dar, die die Einwohnerzahl auch weiterhin, wenn auch moderat, wachsen lässt.

Schwerpunkte der Stadterneuerung

Den historischen Stadtkern zu erhalten und in seiner Vitalität zu stärken sind die Hauptziele, die mit der behutsamen Stadterneuerung der Innenstadt seit Ende der 1970er Jahre in Biberach verfolgt werden. Bei dem Erneuerungsprozess spielen die Beteiligung der Bürger und die Stadtbildqualität eine herausragende Rolle.

„Die historische Altstadt Biberachs ist ein ganz großer Schatz, der Identifikation vermittelt. Mit den Stadterneuerungsvorhaben versuchen wir, diese Identifikation mit dem Ort weiter zu stärken.“

Das 14 ha große Sanierungsgebiet „Altstadt“, für das 1978 eine Sanierungssatzung beschlossen wurde, liegt im mittelalterlichen Stadtkern und umfasst nahezu den gesamten Geschäftsbereich der Altstadt, in dem aber auch die Wohnnutzung noch eine hohe Bedeutung besitzt. Eine Vielzahl an erhaltenswerten, z. T. überformten historischen Gebäuden prägt das Stadtbild. Wichtiger Grundsatz der Stadterneuerung war, schnelle Planungssicherheit zur Ankurbelung von privaten Investitionen in Modernisierung und Neubau zu geben und Ordnungsmaßnahmen als Anreiz für Folgeinvestitionen rasch durchzuführen. Rahmensetzende Gebietstypenpläne und ein Wohn- und Einzelhandelskonzept sicherten die Leitziele der behutsamen Stadterneuerung ab. Neubauten müssen sich in die historischen Strukturen (Parzellen) einpassen, sollen jedoch gleichzeitig den Zeitgeist widerspiegeln.

Die mittlerweile durchgeführten Einzelmaßnahmen bestätigen den hohen Anspruch und haben der Altstadt einen Bedeutungsschub verschafft: Straßenraum- und Platzgestaltung wurden auf hohem Qualitätsniveau umgesetzt und werden von



Luftbild von Biberach an der Riß, Quelle: Fotodesign Häsler

den Bürgern gut angenommen. Die Sanierung städtischer Verwaltungsgebäude und Gemeindeeinrichtungen beseitigt ehemals bestehende bauliche Missstände und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen beheben frühere funktionale Schwächen. Der Neubau eines Kaufhauses auf einer Brachfläche am Stadtkernrand steht als Symbol für an historische Strukturen angepasste Bauweise.

Insbesondere bei den Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum wird den Bürgern ein großes Mitspracherecht eingeräumt: So wurden beispielsweise in Bürgerwerkstätten die Anforderungen an einen städtebaulichen Wettbewerb zur Gestaltung des Marktplatzes mitformuliert.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden die Stadterneuerungsstrategien in der Altstadt durch ein Stadtentwicklungskonzept flankiert, das die gesamtstädtischen Entwicklungsperspektiven formuliert und 2005/06 fortgeschrieben wurde. Dem Ziel der Innenentwicklung im Stadtentwicklungskonzept folgend wurde nach dem erfolgreichen Abschluss des Sanierungsgebiets „Altstadt“ ein Sanierungsverfahren im angrenzenden Bereich der „Östlichen Innenstadt“ gestartet.

„Das Stadtentwicklungskonzept von Biberach ist nicht ‚statisch‘, sondern dynamisch angelegt – so definieren wir die Ziele der Stadtentwicklung immer wieder – teilweise sogar jährlich – neu.“



Neubau eines Kaufhauses im Stadtkern, Quelle: Stadt Biberach



Weberberggasse 31 vor der Sanierung,
Quelle: Stadt Biberach



Weberberggasse 31 nach der Sanierung,
Quelle: Goessler Photographie, BC

Erkenntnisse für die Praxis

In Biberach sind typische Aspekte innerstädtischer Stadterneuerungsprozesse zu beobachten: Systematische und frühzeitige Bürgerbeteiligungsprozesse sichern die Identifikation mit dem Prozess und tragen zur Mobilisierung bei. In Biberach scheint das in besonders guter Qualität gelungen zu sein, indem die Beteiligung weit über das formell Notwendige hinausgeht. Typisch ist auch, dass öffentliche Investitionen gerade zum Start des Vorhabens ein Vertrauen in den Standort aufgebaut haben, das auch umfangreiche private Investitionen zur Folge hatte.

Da die Kommune zunächst selbst nur über wenige Grundstücke verfügte, war es umso wichtiger, frühzeitig Ordnungsmaßnahmen durchzuführen. Bei den privaten Investitionen, die z.T. auch Neubauten in Baulücken darstellen, fällt auf, wie gut es mit Überzeugungskraft und Einsatz formeller Instrumente gelingen kann, Bauherren zu einer der historischen Baustruktur angepassten Bauweise zu bewegen und gleichzeitig neue architektonische Akzente zu setzen. Deutlich wird in Biberach auch, dass gesamtstädtische Entwicklungskonzepte den Erfolg von Stadterneuerungsprozessen absichern können.

Erfolgsfaktoren sind zudem längerfristige Planungssicherheit bei der Bewirtschaftung von Fördermitteln sowie Flexibilität in der Maßnahmenumsetzung.

Die Stadt sieht jedoch aufgrund der jüngeren Entwicklungen in der Förderpraxis mit kürzeren Bewilligungszeiträumen und kleineren Gebietszuschnitten, die die Flexibilität der Maßnahmenumsetzung einschränken, den Erfolg der Sanierungsprozesse gefährdet.

„Uns ist wichtig, nicht zu konservieren. Wir wollen kein Museum sein, sondern uns zeitgenössisch mit hoher Qualität weiterentwickeln.“

Tirschenreuth, Bayern: Die Innenstadtentwicklung einer industriell geprägten Kleinstadt

Tirschenreuth im Profil

Tirschenreuth ist Kreisstadt in der Oberpfalz und liegt im Städtedreieck zwischen Bayreuth, Regensburg und Pilsen (Tschechien). Tirschenreuths Stadtgeschichte geht bis in das 12. Jahrhundert zurück, als ein Kloster in der Region um Tirschenreuth eine Teichlandschaft schuf und Fischwirtschaft betrieb. Die jüngere Geschichte ist maßgeblich geprägt vom Aufstieg und Niedergang der deutschen Porzellanindustrie: Nachdem dieser Industriezweig Tirschenreuth zu einer wirtschaftlichen Blüte verholfen hatte, stellt der nahezu vollständige Verlust von Arbeitsplätzen in der Porzellanindustrie seit den 1980er Jahren die Stadt vor große Herausforderungen. Mit dem Hauptsitz des zweitgrößten Straßenwalzenherstellers der Welt ist es gelungen, Tirschenreuth als Standort der Maschinenbauindustrie weiterzuentwickeln. Durch Ansiedlung öffentlicher Einrichtungen konnte auch der Verwaltungs- und Dienstleistungsstandort ausgebaut werden. Trotzdem hat die heute knapp über 9.000 Einwohner zählende Kommune seit 1990 einen Bevölkerungsverlust von 10 % hinnehmen müssen.

Schwerpunkte der Stadterneuerung

Tirschenreuth hat schon seit Mitte der 1990er Jahre mit Unterstützung der Städtebauförderung von Bund und Ländern private Aufwertungsmaßnahmen im Altstadtbereich durch ein kommunales Förderprogramm initiiert. Aufgrund der Folgen des beschleunigten wirtschaftlichen und demografischen Strukturwandels seit Anfang der 1990er Jahre, der sich in Industriebrachen, Gebäudeleerständen und Unternutzungen im Stadtbild niederschlug, wurde Tirschenreuth 2004 in das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ aufgenommen. Bis 2006 wurde auf der Basis einer eingehenden städtebaulichen Analyse der Gesamtstadt ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, das inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzungen vorschlägt. Wichtige räumliche Impulsprojekte im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes sind u.a.:

AUFWERTUNG DES MARKTPLATZES

Die Tirschenreuther Erneuerungsstrategie fußt auf dem Ansatz, die Stadt von innen heraus mit



Bürgermeister Franz Stahl stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung in Tirschenreuth im Rahmen eines Interviews vor.

besonderer Aufmerksamkeit auf die Altstadt zu stärken. Ein Schlüsselprojekt der Aufwertung stellt dabei der Marktplatz dar: Dessen städtebaulichen Defizite wie geringe Aufenthaltsqualität und zunehmende Geschäftsleerstände konnten durch bauliche Umgestaltung überwunden werden. Die 2008 fertig gestellten Maßnahmen haben die Attraktivität des Marktplatzes als Geschäfts-, Wohn- und Kommunikationsstandort erhöht und die Identifikation der Bürger von Tirschenreuth und des Umlandes mit der Stadt erheblich gestärkt. Die Aufwertung des Marktplatzes als Startprojekt des Stadtumbaus hat sich damit bewährt.

„Das Stadtentwicklungskonzept ist für uns der mittel- und langfristige Fahrplan für die Zukunft.“



Luftbild Tirschenreuth, Quelle: Stadt Tirschenreuth



Marktplatz Tirschenreuth, Quelle: Stadt Tirschenreuth

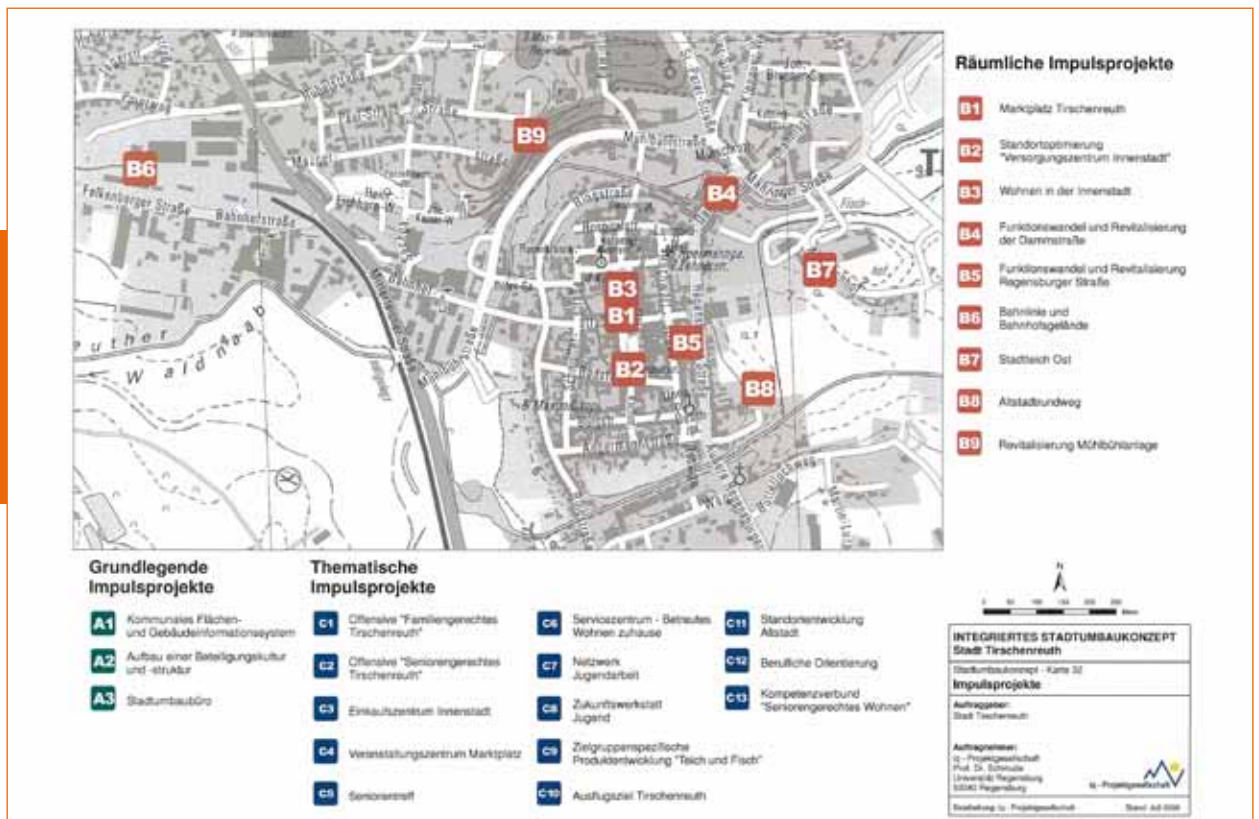


Bahngelände Tirschenreuth, Quelle: Stadt Tirschenreuth

REVITALISIERUNG DES EHEMALIGEN BAHNGELÄNDES

Bereits Mitte der 1980er Jahre hat die Deutsche Bahn die Anbindung Tirschenreuths aufgegeben. Seitdem liegt ein 30.000 qm umfassendes Areal brach. In einem nachfragegeschwächten Markt wie dem von Tirschenreuth bedarf die Entwicklung von Nachnutzungsperspektiven nicht nur erheblicher finanzieller und personeller Ressourcen, sie benötigt auch viel Zeit. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es der Stadt, die Flächen von der Deutschen Bahn zu erwerben. Großflächige Einzelhandelsnutzungen, die die zentralen Einkaufsstandorte in der Stadt gefährdet hätten, konnten bauleitplanerisch abgewehrt werden. Grundstücksgeschäfte konnten soweit abgeschlossen werden, dass dem Baustart für die Ansiedlung eines Landesamtes mit über 150 Arbeitsplätzen, für Geschäftsgebäude eines lokalen Kreditinstitutes sowie dem Neubau der Polizeidirektion nichts mehr im Wege steht.

Mit der Revitalisierung der Bahnbrache konnte damit ein besonderer Verwaltungs- und Dienstleistungsstandort geschaffen werden, der zukunftsfähige Büroarbeitsplätze in zentraler Lage einer Kleinstadt konzentriert.



Impulsprojekte des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, Quelle: Stadt Tirschenreuth

STADTTEICH OST

Mit dem Impulsprojekt „Stadtteil Ost“ profiliert Tirschenreuth seine kulturlandschaftliche Besonderheit der bundesweit größten, zusammenhängenden Teichlandschaft. Das Landesgartenschau-Gelände 2013 dient strategisch dazu, durch Umnutzung einer ehemaligen Industriebrache, Reaktivierung einer historischen Fischbrücke und durch vielfältige landschaftsgestalterische Maßnahmen ein attraktives und ortstypisches Naherholungsgebiet an die Stadt anzubinden. Damit soll die Lebensqualität der Bürger gesteigert und gleichzeitig ein touristisches Angebot geschaffen werden. Die vorbereitenden Planungen und ersten Investitionen haben bereits das Interesse eines Hotelbetreibers geweckt, der ein lang ersehntes Übernachtungsangebot in hoher Angebotsqualität bis 2013 erstellen will.

Erkenntnisse für die Praxis

Die Stadterneuerungserfolge im von den Folgen des wirtschaftlichen und demografischen Wandels stark betroffenen Tirschenreuth sind ein Beleg dafür, dass gesamtstädtische Konzeptionen eine wichtige Voraussetzung erfolgreicher Städtebauförderung sind. Erst die systematische Analyse der Problemlage und die Definition von räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten schaffen den Rahmen für Erfolg versprechende Projekte.

Dabei wird erkennbar, dass gerade zum Start solche Vorhaben von großer Bedeutung sind, die zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und zum Wohlfühlen in der Stadt beitragen. In Tirschenreuth sind das insbesondere die Aufwertung des Marktplatzes und die Anbindung der Teichlandschaft an die Stadt. Derartige Konzepte und Projekte bergen große Kreativpotenziale auf kommunaler Seite, deren flexible Ausschöpfung – so die Tirschenreuther Erfahrung – manchmal durch formale Anforderungen der Städtebauförderung behindert wird.

„Die formalen Verfahren der Städtebauförderung sollten die kreativen Potenziale der Kommunen weniger stark einschränken.“

Calau, Brandenburg: Die Entwicklung eines zentralen Schulstandortes



Bürgermeister Werner Suchner stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung in Calau im Rahmen eines Interviews vor.

Calau im Profil

Die 6.500 Einwohner zählende südbrandenburgische Kleinstadt Calau liegt etwa 25 km westlich von Cottbus im Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Als wichtiges Zentrum der Schuhproduktion hat die Stadt ab Mitte des 19. Jahrhunderts ihre wirtschaftliche Blüte erlebt; der sog. „Calauer Stiefel“ ist Sinnbild dieser Ära. Der einschneidende Bedeutungsverlust der Schuhproduktion in Calau nach dem Zweiten Weltkrieg konnte kompensiert werden, indem die Stadt von ihrer Lage im Lausitzer Braunkohlerevier profitierte und dadurch insbesondere in den 1960er und 1980er Jahren erhebliche Arbeitsplatz- und Einwohnergewinne verzeichnete. Nach der Wieder-

vereinigung setzte ein beschleunigter wirtschaftlicher Strukturwandel ein, der den größten Teil der Arbeitsplätze im Energiesektor kostete. In der Folge steht Calau vor der Herausforderung, die damit verbundenen, anhaltenden Bevölkerungsverluste, die alleine zwischen 1990 und 2005 22% betragen, zu bewältigen. Der Verlust der Funktion als Kreisstadt im Jahr 1993 hat die zentrale Funktion von Calau zusätzlich beeinträchtigt.

Schwerpunkte der Stadterneuerung

Bei der baulichen Entwicklung von Calau seit der Wiedervereinigung spielt die Städtebauförderung wie in vielen ostdeutschen Kleinstädten eine bedeutende Rolle: Der historische Stadtkern wurde seit 1994 mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Sanierung und Entwicklung“ aufgewertet. 2002 startete die Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, in dessen Mittelpunkt die Aufwertung von Wohngebäuden sowie die Entwicklung des zentralen Schulstandortes Springteichallee stehen.

Die frühzeitige Schwerpunktsetzung der Städtebauförderung auf die Anpassung eines Schulstandortes stellt eine Besonderheit dar und hat das Vorhaben zu einem Modellprojekt des Landes Brandenburg gemacht. Ausgangspunkt war der starke Rückgang der Schülerzahlen schon in den 1990er Jahren, der die Stadtverordnetenversammlung bereits 1998 veranlasste, eine von zwei Grundschulen in Calau zu schließen.

„Wir haben uns schon Ende der 1990er Jahre entschieden, die Calauer Schullandschaft auf einen Standort zu konzentrieren.“

Die verbleibende, Stadtbild prägende Grundschule aus dem Jahr 1908 war bereits zuvor umfassend saniert worden. Dadurch wurde die Entscheidung zur Entwicklung eines zentralen Schulstandortes zusammen mit der in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden, aus DDR-Zeiten stammenden Oberschule erleichtert. Mit dieser Konzentration sind viele Vorteile verbunden: Infrastrukturen können von Schulen gemeinsam genutzt werden, Raumangebote sind flexibel einsetzbar, Kindertagesstätte und Hort können ebenfalls integriert werden und die Schulbusse



Werner Suchner im Gespräch mit Martin Karsten

– immerhin die Hälfte der Schüler kommen aus anderen Ortsteilen per Bus – können auf eine Haltestelle konzentriert werden.

Der Schwerpunkt der baulichen Maßnahmen startete 2003: Ein leer stehendes Mehrfamilienhaus wurde für den Bau einer Sporthalle abgerissen. Auf Basis der Ergebnisse eines Wettbewerbs wurde und wird der Schulstandort schrittweise entwickelt: Die Gebäudehülle der Oberschule wurde saniert, Innen- und Schulhöfe neu gestaltet, ein Zwischenbau abgerissen und neu erbaut und Sockelgeschosse zum Hort umgenutzt. Parallel erfolgte eine Neuordnung der Verkehrssituation mit Einrichtung einer neuen Schulbus-Haltestelle, um den Anforderungen an einen vergrößerten Schulstandort Rechnung zu tragen. Verbliebenes Problem ist der Mangel an Freisportanlagen in direkter Umgebung der Schulen: Durch Abriss eines aus der Nutzung gefallenen Heizhauses sollen in Zukunft noch Kleinsportanlagen auf den Rückbauflächen errichtet werden.

Die Finanzierung der umfangreichen baulichen Vorhaben einschließlich des Rückbaus einer Grundschule erfolgte mit Fördermitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau Ost. Die Neuordnung der Straßenführung und die Anlage eines neuen

Parkplatzes wurden aus dem Programm Sanierung und Entwicklung mitfinanziert und der Bau der Sporthalle durch Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau erleichtert.

„Ein zentraler Bildungsstandort am Ort mit Kinderbetreuung, Grundschule und weiterbildender Schule bietet den Vorteil, sich den Nachfrageänderungen kurzfristig anpassen zu können.“

Erkenntnisse für die Praxis

Die Entwicklung eines Schul-Campus in einer Kleinstadt wie Calau als wichtiger Beitrag einer Städtebauförderungsstrategie erweist sich als ein vorausschauendes Vorhaben, mit dem vielschichtige Ziele erreicht werden können: Trotz des Rückgangs der Schülerzahlen und Aufgabe eines Schulstandortes konnte die Angebotsqualität verbessert werden. Effizienzgewinne sind ebenfalls festzustellen, so z. B. die gemeinsame Nutzung von Sportanlagen, Schulhöfen, einer Mensa und einer Bushaltestelle. Insgesamt profitiert die Vorschul- und Schullandschaft durch eine höhere Flexibilität, weil die Räumlichkeiten z. B. durch Tausch kurzfristig an die Bedarfe von Kindertagesstätte, Hort, Grundschule und Oberschule angepasst werden können. Aufgrund der Lage des



Luftbild vom Schulstandort in 2005, Quelle: Stadt Calau



Schul-Campus , Quelle: Stadt Calau

Schul-Campus steigt zudem die Zentralität der Calauer Innenstadt. Die Finanzierung einer solchen Anpassungsstrategie erweist sich allerdings als aufwändig und komplex: So kamen in Calau in Ermangelung anderer, geeigneter Förderprogramme fast ausschließlich Städtebauförderungsmittel zum Einsatz. Deren Administration erwies sich für die Stadt als schwierig, weil neben der Konzentration von Bauphasen auf die Ferienzeiten auch die Höhe der jährlichen Fördermittelzuweisungen sowie der kommunaler Leistungsanteil bei der Gliederung der Bauabschnitte zu berücksichtigen waren und sich somit ein effizienter Bauprozess nur unter Schwierigkeiten organisieren ließ.



Schulsporthalle, Quelle: Stadt Calau

„Baumaßnahmen an einem Schulstandort müssen zeitlich besonders gut koordiniert werden, um den Schulbetrieb nicht zu stören. Dieses Zeitmanagement erschwert die Bündelung von Förderprogrammen zusätzlich.“

Eschwege, Hessen: Die Stadt-Umland-Kooperation im ländlichen Raum

Eschwege im Profil

Die hessische Kreisstadt Eschwege mit ca. 20.000 Einwohnern liegt südöstlich von Kassel unmittelbar an der thüringischen Landesgrenze. Im Rahmen der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Mittleres Werratal“ arbeitet Eschwege in der Städtebauförderung eng mit seinen sieben Nachbarkommunen zusammen. Die Region Mittleres Werratal profitierte bis zur Wiedervereinigung von der so genannten Zonenrandförderung, geriet nach der Grenzöffnung aber in eine Konkurrenzsituation mit Thüringen: Zum einen verlagerten einige Firmen ihre Standorte über die Landesgrenze, zum anderen drängten Arbeitskräfte und Unternehmen aus Thüringen verstärkt auf den lokalen Markt. Zudem ist der Kurtourismus in einer der Gemeinden von den Reformen im Gesundheitssystem seit Mitte der 1990er Jahre betroffen. Neben diesen Entwicklungen führt auch die periphere Lage fernab dynamischer Ballungszentren zu Arbeitsplatzverlusten und zur Abwanderung von Menschen aus der Region. Im Kooperationsraum schrumpfte die Bevölkerung zwischen 1990 und 2005 bereits um fast 7%. Prognosen lassen eine Beschleunigung auf 14,5% Bevölkerungsrückgang zwischen 2005 und 2020 erwarten.

Die Bevölkerungsverluste in der Region Mittleres Werratal werden in Form zunehmender Wohnungs- und Geschäftsleerstände in den zentralen Lagen der Kommunen sichtbar. Dabei ist nicht allein die Quantität des Wohnungsleerstands das dominierende Problem, sondern der Leerstand von wichtigen stadt- bzw. ortsbildprägenden Gebäuden. Daher bildet die Sicherung der Attraktivität der Ortskerne einen Schwerpunkt der Aktivitäten im Rahmen der Städtebauförderung. Ebenso wird die Sicherung des Nahversorgungsangebotes in weniger zentralen Kommunen und die Anpassung von nicht mehr nachfragegerechten, kleinteiligen Handelsflächen als bedeutsam eingeschätzt.

Schwerpunkte der Stadterneuerung

Die Stadt Eschwege wurde bereits im Jahr 2004 als eines von drei Vorhaben in Hessen in das Programm Stadtumbau West aufgenommen und konnte deshalb schon Ende 2005 mit der Erarbeitung eines Stadtumbaukonzepts beginnen. 2006 wurde darüber hinaus die Erstellung eines regionalen Entwicklungskonzepts im Rahmen des Stadtumbaus für die übrigen sieben Kommunen der Region Mittleres Werratal nachgeholt.



Bürgermeister Alexander Heppe stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung in Eschwege im Rahmen eines Interviews vor.

Dies geschah in Form eines koordinierten Arbeitskreises bestehend aus den acht Bürgermeistern sowie Planern der Kommunen.

„Kirchturmdenken ist das erste, was wir uns in der interkommunalen Zusammenarbeit abgewöhnt haben.“

Erste Ergebnisse lagen bereits im Dezember 2006 vor. Mittlerweile erfolgte eine Zusammenführung der beiden Konzepte durch das beauftragte Stadtumbaumanagement. Auf dieser Grundlage stellten die beteiligten Kommunen 2008 als Kommunale Arbeitsgemeinschaft Mittleres Werratal einen Städtebauförderantrag.

Bei den beantragten Vorhaben handelt es sich um regional bedeutsame Projekte, die im gesamten Kooperationsraum, Teilräumen oder in einer Gemeinde umgesetzt werden, wie z.B.:



Luftbild der Stadt Eschwege, Quelle: G. Niessen



Planung Stadthaus Brühl, Quelle: Foundation 5 +

STADTHAUS BRÜHL 6 IN ESCHWEGE – WOHNEN UND PFLEGE

Eschwege und die kooperierenden Kommunen haben es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Ortskerne zu sanieren und dabei die Bedürfnisse älterer Menschen besonders zu berücksichtigen. Um dies zu erreichen, haben sich 3 Träger zusammengeschlossen und das Projekt „Stadthaus Brühl 6“ initiiert. Sie stellen sich den Herausforderungen des barrierefreien Umbaus eines in der Eschweger Innenstadt gelegenen denkmalgeschützten Fachwerkhouses mit ergänzendem Neubau. Hier soll insbesondere für Menschen mit einer seelischen Behinderung ein bedarfsgerechtes Wohnangebot mit individueller Förderung und Pflege angeboten werden. Gleichzeitig wird das Erdgeschoss für Angebote der Aktivierung und Freizeitgestaltung hergerichtet, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

„Viele konkrete Einzelprojekte mit regionaler Bedeutung zeichnen unser interkommunales Entwicklungskonzept aus.“

KULTURFABRIK ALTES E-WERK

1905 wurde in Eschwege ein auf Wasserkraft basierendes Kraftwerk errichtet, dessen Betrieb die Stadtwerke 1988 eingestellt hat. Unter Einsatz von Städtebauförderungsmitteln haben die Stadtwerke die Gebäude des ehemaligen E-Werkes zwischen 2008 und 2009 zu einer multifunktionalen Veranstaltungs-



Kulturfabrik „Altes E-Werk“, Quelle: Stadt Eschwege



Alexander Hepp im Gespräch mit Katja Baumann
und Martin Karsten

halle und einem Kulturzentrum ausgebaut und an den Verein Kulturfabrik e.V. vermietet. Der Verein mit seinen 16 Mitgliedsorganisationen hat seitdem ein regional bedeutsames Kulturangebot geschaffen und trägt dabei erheblich zur Vernetzung von Anbietern bei.

MODELLHAUS WOHNEN

Eine besondere Herausforderung in allen Kommunen des Kooperationsraums liegt in der baulichen Anpassung alter Wohngebäude in den Ortskernen an heutige Wohnstandards. Ein mit Städtebaufördermitteln umgebautes Fachwerkhäuser in der Gemeinde Wanfried soll Anregung und Hilfestellung für Eigentümer und Handwerker geben und als gutes Beispiel Teil einer Modernisierungsoffensive im Wohnungsbestand aller Kommunen werden. Das Modellhaus Wohnen wird in enger Kooperation mit einer engagierten Bürgergruppe aus Wanfried umgesetzt und bestätigt das hohe Potenzial bürgerschaftlichen Engagements in Städtebauförderungsvorhaben.

Erkenntnisse für die Praxis

Die acht Mitgliedsgemeinden der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Mittleres Werratal belegen das große Potenzial von ländlichen Stadt-Umland-Kooperationen in der Städtebauförderung. Traditionell sind Kooperationen einer Kreisstadt mit ihrem Umland von starken Interessensgegensätzen und Konkur-

renzbeziehungen geprägt. Umso bemerkenswerter ist die Zusammenarbeit der Kommunen, um den Herausforderungen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels gemeinsam zu begegnen. Als wichtiger Erfolgsfaktor kann die Stimmgebung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft bei Entscheidungsprozessen gewertet werden. Sie ist so konzipiert, dass Umlandgemeinden auch bei konfliktträchtigen Entscheidungen nicht von der Kreisstadt Eschwege überstimmt werden können. Eine erfolgreiche Kooperation setzt ein interkommunales Entwicklungskonzept voraus, das regional bedeutsame Projekte definiert, von denen die Mehrheit der beteiligten Kommunen profitiert. Unter diesen Umständen kann sich ein ganzer Kooperationsraum auch auf ein gemeinsames Management durch einen Sanierungsträger einigen, wie es im Mittleren Werratal geschehen ist. In der Praxis wirft jedoch die regionale Kopplung bisweilen auch Probleme auf, so beispielsweise wenn Schwierigkeiten bei einem einzelnen Projekt administrativ auf den gesamten Kooperationsraum zurückfallen und somit auch den Fortschritt anderer Vorhaben beeinträchtigen können.

„Die Städtebauförderung ist gerade für kleine Kommunen noch zu unflexibel, um sich zu dem Leitprogramm kommunaler und regionaler Entwicklung entfalten zu können.“

Pirmasens, Rheinland-Pfalz: Die Revitalisierung von Industriebrachen und militärischen Liegenschaften



Oberbürgermeister Dr. Bernhard Mattheis stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung in Pirmasens im Rahmen eines Interviews vor.

Pirmasens im Profil

Die Geschichte der Stadt Pirmasens ist eng verbunden mit der Gründung als Garnisonsstadt, aus der sich ein wichtiges Zentrum der deutschen Schuhindustrie entwickelt hat: Der Landgraf Ludwig IX. erweiterte das kleine Dorf im 18. Jahrhundert durch den Aufbau einer Garnison zu einer Stadt. Im 18. Jahrhundert etablierte sich aus der Verwertung der alten Uniformen die Schuhindustrie, in der in ihren Hochzeiten fast 30.000 Menschen Beschäftigung fanden. Diese historisch gewachsene monostrukturelle Ausrichtung der lokalen Wirtschaft führte die Stadt in eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit, von der sich Pirmasens nach dem Niedergang der Schuhproduktion in Deutschland seit Anfang der 1980er Jahre nur schwer erholen konnte. Erschüttert wurde der Wirtschaftsstandort Pirmasens zudem 1997 durch den vollständigen Abzug der auf dem Militärstandort „Husterhöhe“ stationierten US-Armee: Binnen weniger Monate verließen 10.000 Soldaten und deren Angehörige die Stadt. Effekte dieser Krise sind bis

heute in der Stadt erlebbar: Eine rückläufige Bevölkerungs- und hohe Arbeitslosenzahl, leer stehende Schuhfabriken, Wohnungsbestände und Einzelhandelsflächen sowie eine große Anzahl von Konversionsflächen stellen die Stadt vor die Aufgabe, Bewältigungsstrategien für den Schrumpfungsprozess zu entwickeln.

Schwerpunkte der Stadterneuerung

Die Stadt Pirmasens setzt seit vielen Jahren systematisch Städtebauförderungsprogramme ein, um den einschneidenden Wandel zu bewältigen. Neben dem Programm Sanierung und Entwicklung, das bei der Innenstadtentwicklung eine wichtige Rolle spielt, kommen Stadtumbau West und Soziale Stadt zum Einsatz.

Zur Koordinierung der vielgestaltigen Erneuerungsaufgaben und zur Schwerpunksetzung sind in Pirmasens schon frühzeitig teilträumlich und gesamtstädtisch städtebauliche Entwicklungskonzepte aufgestellt worden. Auf der Basis eines in Kooperation zwischen der Unternehmerschaft, engagierten Bürgern und der Stadtverwaltung erarbeiteten Stadtleitbildes wurde 2002 das Innenstadtentwicklungskonzept fertig gestellt, das im Rahmen der Aktivitäten im Stadtumbau West zu einem gesamtstädtischen integrierten Stadtentwicklungskonzept erweitert wurde.

„Das integrierte Stadtentwicklungskonzept hat in Pirmasens eine hohe Bedeutung – wir nutzen es, um städtebaulich neu zu ordnen und Schwerpunkte zu setzen.“

Als Leitbild der zukünftigen (Innen-)Stadtentwicklung fungiert das „Entwicklungsmodell Innenstadt“, das einen Schwerpunkt auf den nördlichen Bereich der Kernstadt legt. Durch die Ausbildung einer West-Ost-Achse, als Gegenpol zur bisherigen Nord-Süd betonten Entwicklung, werden wichtige innenstadtnahe Einrichtungen im Westen und Osten eingebunden und gleichzeitig innenstadtnahe Wohngebiete gestärkt.

Im Entwicklungsmodell verortet sind auch so genannte „Impulsprojekte“, von denen eine besondere Ausstrahlungskraft auf ihr Umfeld erwartet wurde und die mittlerweile zur Umsetzung gekommen sind. Die Standorte „Rheinberger“ und „Husterhöhe“ nehmen dabei eine herausgehobene Rolle ein.



Dr. Bernhard Mattheis im Gespräch mit Katja Baumann und Martin Karsten

„Es braucht städtebauliche Impulse wie den ‚Rheinberger‘ um die Stadt weiterzubringen und den Menschen, die eine enorme Krise mitgemacht haben, zu zeigen, dass es einen Turn-around aus der Krise gibt.“

DER RHEINBERGER

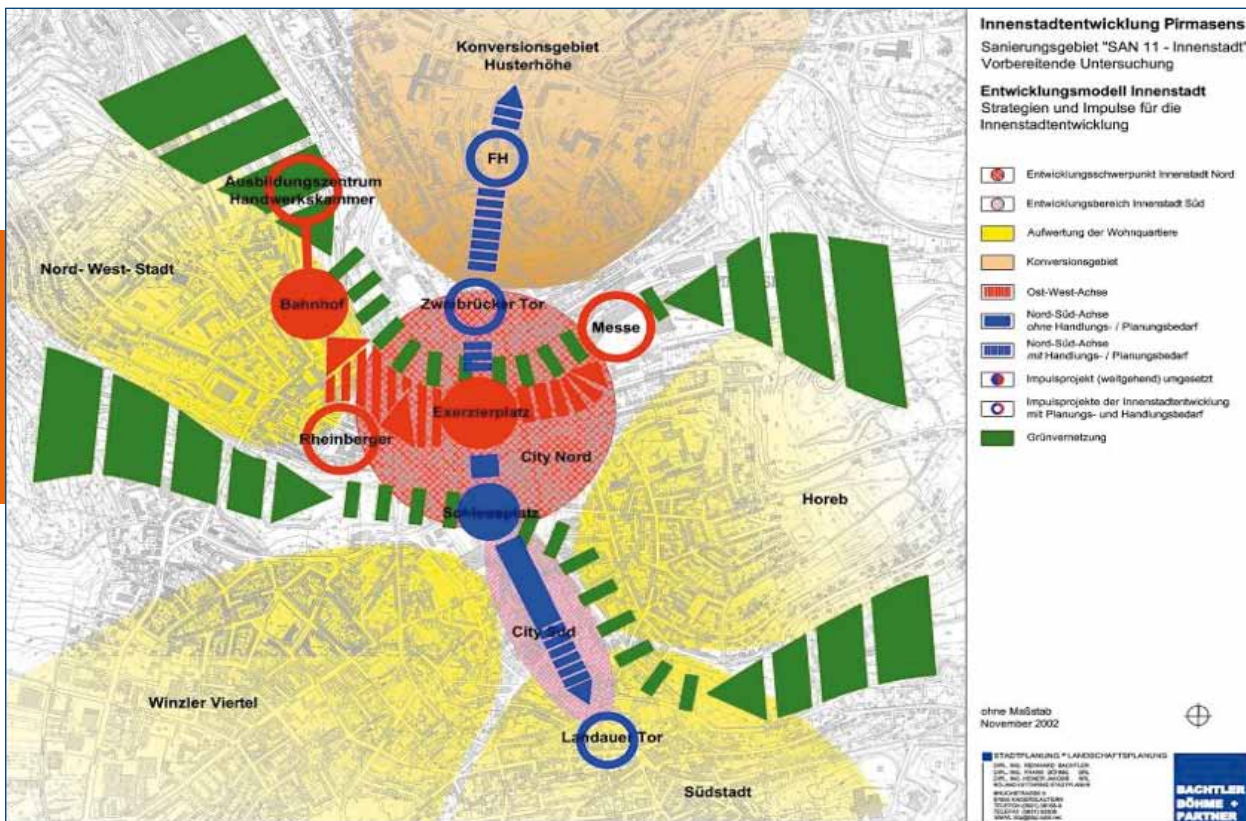
Das Industriegebäude „Rheinberger“ ist wohl das wichtigste bauliche Symbol der Schuhindustrie in Pirmasens. Anfang des vorherigen Jahrhunderts gebaut war der Rheinberger bis in die 1950er Jahre mit zeitweise 2.500 Beschäftigten die größte Schuhfabrik Europas – der Slogan „Rheinberger-Meisterschuhe“ galt als Inbegriff des qualitativollen Schuhhandwerkes. Im Zuge des Niedergangs der Schuhindustrie wurde der Betrieb in den Jahren 1995/1996 endgültig geschlossen, nachdem die Schuhfertigung verlagert worden war. Für die Pirmasenser Bevölkerung war der citynah gelegene, nun brachliegende und dem Verfall preisgegebene Gebäudekomplex Ausdruck des Niedergangs „ihrer“ traditionsbehafteten Wirtschaftsstruktur. Aufgrund dieser Symbolkraft wurde der Rheinberger ausgewählt, um ein mit Mitteln der Städtebauförderung unterstütztes Projekt zu initiieren, das den Wandel der Stadt Pirmasens zu einem Dienstleistungsstandort demonstriert. Wichtiger Baustein der Revitalisierung war 2006 die Gründung einer öffentlich-privaten Projektgesellschaft durch die Stadt, das Land Rheinland Pfalz und einen privaten Investor, der es gelungen ist, dem Rheinberger eine Nutzungsperspektive zu eröffnen: Nach umfassender baulicher Anpassung konnten mittlerweile große Teile des Gebäudekomplexes vermietet werden, primär für Büro- und Praxisnutzungen. Weiterhin

startete 2008 das erste rheinland-pfälzische Science Center „Dynamikum“, das nach zwei Jahren bereits über 270.000 Besucher verzeichnete.

DIE HUSTERHÖHE

Nach dem Abzug der US-Armee aus Pirmasens erhielt der Bund im Jahr 1997 das Gelände zurück. 74 ha davon wurden im Rahmen eines Konversionsprojekts erschlossen und auf Grundlage eines Masterplans seit 2002 in einen Gewerbe- und Dienstleistungsstandort umgewandelt, an dem mit der neu angesiedelten Fachhochschule und Forschungsinstituten auch Lehre und Forschung eine wichtige Rolle einnehmen. Wohnareale der amerikanischen Streitkräfte wurden in zivile Wohnnutzungen überführt. Die Bilanz bis 2010 ist vielversprechend: 85 % der Fläche sind entwickelt worden, angesiedelt haben sich 110 Unternehmen, die insgesamt 1.800 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

„Um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, muss es uns gelingen, die Menschen über Qualifizierung und Bildung ‚mitzunehmen‘ und ihnen die Anpassung an Veränderungen zu erleichtern. Hier gerät die Städtebauförderung an ihre Grenzen.“



Ehemalige Schuhfabrik Rheinberger im Umbau, Quelle: FORUM



Konversion militärischer Liegenschaften auf der Husterhöhe, Quelle: Harald Kröher

Entwicklungsmodell Innenstadt der Stadt Pirmasens, Quelle: Stadt Pirmasens

Erkenntnisse für die Praxis

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte haben nach Ansicht von Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis eine hohe Bedeutung bei der erfolgreichen Bewältigung einer wirtschaftlichen Strukturkrise. Sie ermöglichen z. B. städtebaulich neu zu ordnen, Planungssicherheit für die Bevölkerung und Unternehmerschaft herzustellen und Entwicklungsschwerpunkte auszuarbeiten, die im Idealfall zu Projekten wie dem Rheinberger führen.

Städtebauliche Impulse in Form von „Leuchtturmprojekten“ können der Bevölkerung neue Perspektiven aufzeigen und dazu beitragen die Menschen im Strukturwandel „mitzunehmen“. Dies erfordert aber die Heranführung an die Entwicklungen und Qualifizierung der Arbeitskräfte im Hinblick auf neue Technologien und Trends. Die Schuhindustrie ist aus Pirmasens nicht völlig verschwunden – immerhin werden auch heute noch ein Drittel aller in Deutschland verkauften Schuhe in Pirmasens designt, technisch vorbereitet und gehandelt – aber die Aufgabenfelder haben sich gewandelt und erfordern somit ein hohes Niveau der fachlichen Qualifizierung. Städtebau geht somit nach Ansicht des Oberbürgermeisters einher mit der Bestrebung zu bilden und zu qualifizieren und sollte damit auch in der Förderung einen hohen Stellenwert einnehmen.

Silberberg, Sachsen: Der Städtebund aus fünf Städten und einer Gemeinde

Der Städtebund Silberberg im Profil

Der Städtebund Silberberg liegt in Südwestsachsen und wurde 1996 gegründet. Er setzt sich zusammen aus den Städten Aue, Lauter, Löbnitz, Schneeberg, Schwarzenberg und der Gemeinde Bad Schlema und bildet als Städtebund im Freistaat Sachsen ein Mittelzentrum mit oberzentraler Funktion. Hintergrund des Zusammenschlusses war die Reaktion auf den verstärkt nach der Wende einsetzenden Strukturwandel, der einen Großteil der Struktur bestimmenden Industriezweige aufbrechen ließ und tief greifende Veränderungen für die Region im Erzgebirge zur Folge hatte. Aufgrund der gemeinsamen Herausforderungen und dem Anliegen, eine gemeinsame Anerkennung als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums zu erhalten, schlossen die Partner 1996 einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der der Steuerung und Stärkung der Zusammenarbeit sowie der Organisation des Abstimmungsprozesses im Verbund unter Aufrechterhaltung der rechtlichen Selbständigkeit der beteiligten Kommunen dienen soll. Organisiert wird der Städtebund durch eine Leitungsebene, die sich aus den Stadt- bzw. Gemeinderäten sowie dem „Rat der Bürgermeister“ zusammensetzt. Auf dieser Ebene werden Strategien und Programme des Städtebundes entschieden sowie Aufgaben, Ziele und Arbeitsaufträge definiert. Zudem entsendet jede Mitgliedskommune je vier Stadt- bzw. Gemeinderäte in einen Beirat, der die Bürgermeister in allen grundsätzlichen Angelegenheiten des Städtebundes berät. Auf der Arbeitsebene finden sich die Fachleute aus den Verwaltungen in Arbeitsgruppen zusammen, in denen Informationen und Erfahrungen zu konkreten Aufgaben ausgetauscht und Vorschläge für die Entscheidungsgremien erarbeitet werden. Darüber hinaus organisiert und koordiniert eine gemeinsame Geschäftsstelle die Arbeit der verschiedenen Instanzen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit und Bezüge zur Stadterneuerung

Schwerpunkte in der gemeinsamen Arbeit im Städtebund bilden die Themen Stadtentwicklung, Bauleit- und Verkehrsplanung, Verwaltungsentwicklung, Haushalts- und Finanzangelegenheiten, Wirtschaftsförderung, Marketing, Kultur und Tourismus. So wurde zwischen 1996 und 2001 ein erster gemeinsamer Flächennutzungsplan erarbeitet, der alle sechs

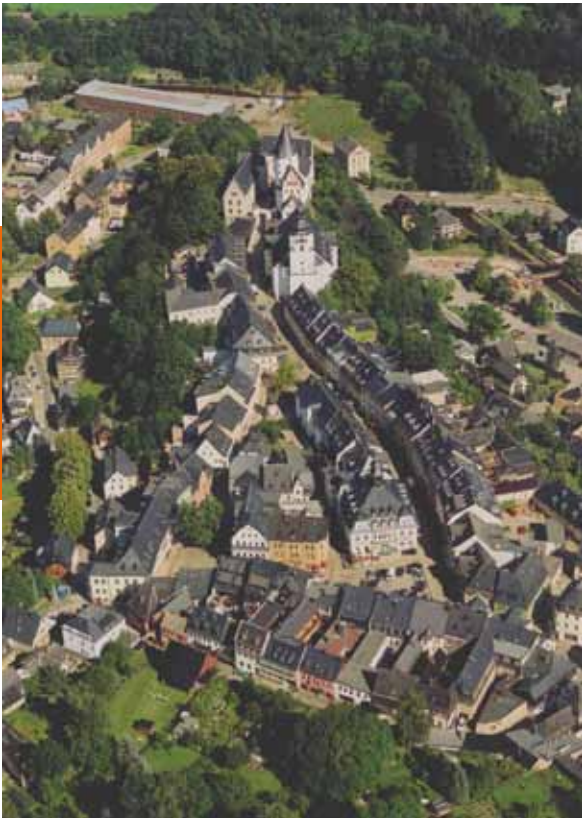


Bürgermeister Gotthard Troll stellte die Erfahrungen mit der Städtebauförderung im Städtebund Silberberg im Rahmen eines Interviews vor.

Kommunen umfasst. Die Anerkennung des Städtebundes als Zentraler Ort (Mittelzentrum) im Landesentwicklungsplan Sachsen erfolgte im Jahr 2003. Weitere Schwerpunkte bilden verbundweite, bedeutende Verkehrskonzepte, die Verwaltung öffentlicher Liegenschaften, Konzepte für Gemeinbedarfseinrichtungen sowie die Regelung eines verbundinternen Finanzausgleichs. Arbeitsgruppen entwickeln interkommunale Strategien z.B. zur Investorenbetreuung, zu infrastrukturellen Maßnahmen und einer gemeinsamen Haushaltsplanung.

„Wer so eng zusammen wohnt, sollte auch zusammen leben und gestalten.“

Der Verbund ist als Träger öffentlicher Belange anerkannt und nimmt als solcher zu Bauleitplänen der Nachbargemeinden sowie zu überörtlichen Fachplanungen, der Regionalplanung und Raumordnung Stellung. Aktuelle Vorhaben des Verbundes sind die



Luftbild der Altstadt von Schwarzenberg,
Quelle: Harald Wunderlich



Logo des Städtebundes,
Quelle: Geschäftsstelle Städtebund Silberberg



Plattenbausiedlung Sonnenleithe,
Quelle: Luftbild-Service Büschel

Fortschreibung des Flächennutzungsplanes, die Verbesserung der Zusammenarbeit im Verbund sowie der Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder im Rahmen der Arbeitsgruppen und gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen.

„Anlass für den Zusammenschluss der fünf Städte und einer Gemeinde war die Erarbeitung eines gemeinsamen Flächennutzungsplans.“

Ein unmittelbarer Austausch über Prozesse der Stadterneuerung oder über Antragstellungen im Rahmen der Städtebauförderung erfolgt nicht. Die Zusammenarbeit wird aber als wichtige flankierung der Stadterneuerung in den kooperierenden Kommunen gesehen. Dies kann beispielhaft an der Plattenbausiedlung Sonnenleithe in Schwarzenberg erläutert werden:

Der Erfolg von Rückbau und Aufwertung dieser in den 1980er Jahren entstandenen Siedlung mit Fördermitteln aus dem Stadtumbau Ost benötigt wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Region, die den Leerstand nicht weiter befördern. Eine im Städtebund abgestimmte regionale Flächennutzungsplanung hilft dabei, die Siedlung zu konsolidieren.



Kongresspublikum

Ähnlich liegt der Fall bei Sanierungsvorhaben in Altstädten des Kooperationsraums: Deren Erfolg ist nur zu erreichen, wenn nicht großflächige Einzelhandelsstandorte in peripheren Lagen die Einkaufsmöglichkeiten in den Ortskernen gefährden. Auch dieses gemeinsame Anliegen wird durch den regionalen Flächennutzungsplan befördert.

Erkenntnisse für die Praxis

Der Städtebund der Städte und der Gemeinde macht deutlich, dass eine enge und institutionalisierte interkommunale Zusammenarbeit ein wichtiges Instrument bei der Bewältigung des strukturellen Wandels von Städten und Gemeinden im ländlichen Raum darstellen kann. Der Erfahrungsaustausch verbessert die Qualität des Verwaltungshandelns in den beteiligten Kommunen und die gemeinsame Arbeit – wie z.B. am

Flächennutzungsplan des Städtebundes – sensibilisiert für Fragestellungen mit regionalem Kooperationsbedarf und ermöglicht dennoch die Bewahrung der eigenen städtischen Individualität. Der regionale Flächennutzungsplan wiederum schafft Planungssicherheit für die Flächenentwicklung und stellt somit eine wichtige Basis für die nachhaltige Entwicklung der Städte und Gemeinden dar. Die gemeinsame Aufstellung (auch im Hinblick auf Baulandausweisung) spiegelt sich auch in einer besseren Außenwirkung z. B. gegenüber ansiedlungswilligen Unternehmen wider.

„Ein regionaler Flächennutzungsplan in einer solchen Kooperation stellt eine flankierende Hilfe dar, um Städtebauförderung effizient umzusetzen.“



**„Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Gebot der Stunde,
auch wenn die Realität in der Vergangenheit teilweise noch
eine andere Sprache gesprochen hat.“**

Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Aufgaben der Städtebauförderung in ländlichen Räumen und das neue Programm „Kleinere Städten und Gemeinden“

Podiumsgespräch mit

- **Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund**
- **Karl Jasper, Vorsitzender der Fachkommission Städtebau und Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen**
- **Dr. Jochen Lang, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**
- **Dr. habil. Dieter Schweizer, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Moderation: Martin Karsten, FORUM – Huebner, Karsten & Partner

Das Podiumsgespräch folgte mehreren Themenschwerpunkten, die im Folgenden jeweils zusammenfassend dokumentiert sowie um Originalzitate der Podiumsteilnehmer ergänzt werden. Im Podiumsgespräch wurden auch Fragen von Kongressteilnehmern behandelt, die diese vorab auf Karten formuliert über das Tagungsbüro in die Diskussion einbringen konnten.

Zukunft der Städtebauförderung

Das Podium zeigt sich einig in der Einschätzung der großen Bedeutung, die die Städtebauförderung für die Kommunen, insbesondere auch die Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen schon heute hat. Dies belegten die im Rahmen des Kongresses vorgestellten Praxisbeispiele ebenso eindrucksvoll wie Wirkungsstudien, die der Städtebauförderung starke konjunkturelle Effekte nachweisen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des in einer 2008 veröffentlichten Studie ermittelten öffentlichen und privaten Investitionsbedarfs von 64 Mrd. Euro zwischen 2007 und 2013 halten der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Deutsche Städtetag – auf dem Podium durch Herrn Düsterdiek vertreten – eine Verstärkung der Städtebauförderung auf hohem Niveau für geboten. Die zur Diskussion stehende Halbierung der Bundesfinanzhilfen sei ein schwerer Schlag für die Kommunen.

Herr Dr. Lang, zuständiger Referatsleiter für die Koordinierung der Städtebauförderung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, bestärkt die Einschätzung der großen Bedeutung und Wirkung der Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung, verweist aber auf die Anstrengungen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die das Ministerium zu erbringen habe. Der Bund werde gemeinsam mit Vertretern der Länder, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Verbänden intensiv die dem Erfolg der Städtebauförderung angemessenen

Verfahren der Umsetzung erörtern. Im Mittelpunkt stünden dabei die Fragen zum möglichst effektiven und effizienten Mitteleinsatz, der zukünftigen Programmstruktur und Mittelverteilung auf die Programme. Die Auswirkungen auf das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ seien offen.

„Es gehört zur guten Tradition der Städtebauförderung, dass Bund, Länder und Gemeinden in ihrer Verantwortungspartnerschaft gemeinsam überlegen, wie es mit der Städtebauförderung weitergeht.“

Dr. Jochen Lang

Herr Jasper, Vorsitzender der Fachkommission Städtebau und Vertreter der Städtebauförderung des Landes Nordrhein-Westfalen betont die Notwendigkeit, die Erfolge der Bund-Länder-Finanzhilfen in den Mittelpunkt zu rücken und darüber die Akzeptanz für eine Verstärkung eines hohen Niveaus der Förderung zu schaffen. Insbesondere die Initialwirkung der Förderung für private Initiativen sei herauszustellen sowie die Kreativität und Effizienz, mit der die Kommunen die Mittel einsetzten. Eine Auswertung der Erfahrungen mit einzelnen Programmelementen werde auch Bund und Ländern wichtige Anregungen bei den Verhandlungen geben, welche Ansätze verstetigt bzw. weiterentwickelt werden sollten.

“Die Städtebauförderung ist insbesondere für den Mittelstand und die Bauwirtschaft ein Konjunkturprogramm im besten Sinne.“

Bernd Düsterdiek

Das neue Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“

Herr Dr. Lang hebt die Besonderheiten des neuen Programms aus Sicht des Bundes hervor: Das Programm reagiere auf die besonderen Herausforderungen, denen sich Klein- und Mittelstädte als



Karl Jasper

Kristallisationsorte in ländlichen Räumen angesichts des wirtschaftlichen und demografischen Wandels gegenüber sehen. Das neue Programm sei weniger eine Investitions- als eine Kooperationsoffensive und umfasse insbesondere drei Charakteristika: An die überörtliche Zusammenarbeit werden bei der Bewältigung der Herausforderungen große Hoffnungen geknüpft, weshalb Kommunen, die in der Städtebauförderung überörtlich kooperieren, im neuen Programm vorrangig gefördert werden sollen. Basis für die Kooperation sei ein integriertes, überörtliches Entwicklungskonzept. Die Prozesse der Erarbeitung – so das dritte Charakteristikum – sollen zur Bündelung von Förderansätzen beitragen.

Mit dem Programmtitel „Kleinere Städte und Gemeinden“ werde bewusst eine Richtung und keine genaue Größenklasse der Förderung angesteuert. Herr Jasper begrüßt das sehr, weil die Siedlungsstruktur der Bundesländer sehr unterschiedlich sei. So gebe es beispielsweise in Deutschland über 9.000 Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern, in Nordrhein-Westfalen dagegen davon nur drei. Das Programm müsse daher so flexibel sein, dass es jeweilige Länderspezifika bei der Umsetzung zuließe. Herr Dr. Lang ergänzt, dass auch der Kooperationsaspekt auf Flexibilität und Berücksichtigung lokaler Spezifika angelegt sei. Die Forderung beziehe sich auf überörtliche Kooperation und nicht alleine auf interkommunale Zusammenarbeit, um u.a. auch Verbands- oder Samtgemeinden den Zugang zur Förderfähigkeit zu verschaffen. Fördertatbestände im neuen Programm entsprächen denen, die aus der Städtebauförderung bekannt seien, so beispielsweise der Rückbau von Gebäuden, wenn derartige Vorhaben aus dem Entwicklungskonzept abgeleitet seien.

Ein Leitfaden zur Ausgestaltung des neuen Förderprogramms sei nicht zu erwarten, vielmehr würde voraussichtlich analog zum Programm „Aktive Stadt-



Dr. Jochen Lang

und Ortsteilzentren“ ein Strategiepapier erarbeitet, das Sinn und Zweck des Programms formuliere.

„Das neue Programm soll überörtliche Kooperation auf der Basis von Entwicklungskonzepten fördern und Impulsinvestitionen ermöglichen. Es erhebt nicht etwa den Anspruch, ein breites Investitionsprogramm für die ländlichen Räume zu sein.“

Dr. Jochen Lang

Zahlreiche Handreichungen in einzelnen Bundesländern könnten dort sicherlich auch für die Umsetzung des neuen Programms genutzt werden. Der Bund biete in Abstimmung mit Ländern gern einen Informationstransfer über Veranstaltungen, Publikationen, dem Internet und dergleichen an.

Herr Dr. Schweizer, im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig für den Bereich „Ländliche Entwicklung“, erläutert, dass die Konzeption des neuen Städtebauförderungsprogramms den langjährigen Erfahrungen der Agrarstrukturpolitik entspreche. Früher habe der Leitsatz gegolten: Wenn es den landwirtschaftlichen Betrieben gut gehe, dann gehe es den ländlichen Räumen gut. Damals habe daher betriebliche Förderung im Mittelpunkt gestanden. Seit der Strukturwandel in der Landwirtschaft Einzug gehalten und die Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe abgenommen habe, gehe die Agrarstrukturpolitik mehr und mehr zu räumlicher bzw. regionaler Förderung über. Räumliche Entwicklungskonzepte beschriebene Strategien und Projekte zur Stärkung des ländlichen Raumes, deren Umsetzung durch ein Regionalmanagement unterstützt werde. Diese Vorgehensweise, bei der überörtliche Zusammenarbeit eine große Rolle spiele, erzeuge eine enorme Anschubwirkung.



Teilnehmer des Podiumsgesprächs

Überörtliche Zusammenarbeit

Die dargestellten Praxisbeispiele belegen nach übereinstimmender Einschätzung der Podiumsteilnehmer, dass die überörtliche Zusammenarbeit kleinerer Gemeinden in ländlichen Räumen nicht nur in der Städtebauförderung zukunftsfähige Lösungsansätze zur Bewältigung der Herausforderungen generiere. Herr Düsterdiek verweist dabei auf die Notwendigkeit integrierter Konzepte und besondere Erfolgchancen u.a. in den Themenfeldern Einzelhandelskonzepte, Flächennutzungsplanung, Abfall- und Abwasserwirtschaft. Das Baurecht sehe für die Zusammenarbeit geeignete Instrumente vor. Entscheidend sei allerdings der Impuls freiwilliger Zusammenarbeit, der von den Beteiligten kommen und nicht von den Fördermittelgebern angeordnet werden dürfe. Die Unterscheidung in der Städtebauförderung nach Konzepten auf überörtlicher Ebene und Investitionsförderung in abgegrenzten Fördergebieten einzelner Kommunen entspreche laut Herrn Jasper und Herrn Dr. Lang der Philosophie des Programmes und sei kein Widerspruch: In den Strategien der überörtlichen Konzepte würden inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzungen formuliert, die ihre Umsetzung in Investitionen räumlich abgegrenzter

Gebiete fänden. Denkbar wäre es beispielsweise, für verwandte Projektansätze in verschiedenen Gebieten städtebauliche Gesamtmaßnahmen zu definieren: Wenn beispielsweise die Initiierung eines Gemeinschaftshauses für die Volkshochschule in einem Ort scheitere, könne im Rahmen der genehmigten Gesamtmaßnahme die Umsetzung im anderen Gebiet vorgenommen werden.

Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Gebot der Stunde, auch wenn die Realität in der Vergangenheit teilweise noch eine andere Sprache gesprochen hat.“

Bernd Düsterdiek

Weil durch die Kooperation Effizienzgewinne erzielbar seien und damit Geld eingespart werden könne, sei die überörtliche Zusammenarbeit nach Auffassung von Herrn Jasper und Herrn Düsterdiek das Gebot der Stunde für Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen. Insbesondere seien in Kooperation aber auch neue Lösungsansätze in Handlungsfeldern wie Schulen oder Gewerbestandorte möglich, die für alle Beteiligten Qualitätsgewinne darstellten und in Regie einer einzelnen Kommune nicht realisierbar



Martin Karsten und Bernd Düsterdiek

wären. Herr Jasper verweist in diesem Zusammenhang auf die Regionale 2013 in Südwestfalen, in der sich fünf Landkreise sowie 59 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen haben und angesichts des strukturellen Wandels neu definieren, wie sie in Zukunft u.a. mit ihrem historischen und baukulturellen Erbe umgehen wollen.

Städtebauförderung könne diese Art von interkommunalen Vorhaben nicht alleine finanzieren: Die Finanzierung überörtlicher Konzeptionen durch das Bund-Länder-Programm stelle aber einen wichtigen Impuls dar, um weitere mitfinanzierende öffentliche und private Partner ins Boot zu holen. Derartige Prozesse könnten nach Überzeugung von Herrn Jasper eine der wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Förderung schaffen: die Freude der Partner am Gelingen!

„Die Menschen vor Ort haben viele gute Ideen. Wir müssen einen fördernden Rahmen schaffen, der den Ideen zur Umsetzung verhilft.“

Dr. habil. Dieter Schweizer

„Das neue Städtebauförderungsprogramm soll kooperierende Kommunen auch in die Lage versetzen, auf weitere Partner zuzugehen und neue Finanzierungspartnerschaften zu gründen.“

Karl Jasper

Effizienz in der Städtebauförderung

Städtebauförderung sei, so Herr Dr. Lang, eine ausgesprochen rationale Förderung: Auf der Basis einer umfassenden Analyse der Herausforderungen würden Strategien erarbeitet und anschließend die Frage erörtert, wie die Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden können. In der überörtlichen Kooperation sehe er in Bezug auf viele Handlungsfelder von kleineren Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen Effizienzgewinne: Der Aufwand zur überörtlichen Kooperation und der Erarbeitung gemeinsamer Entwicklungsstrategien sei wahrscheinlich größer, anschließend aber die Umsetzung effizienter. Als weiteren positiven Aspekt gibt Herr Düsterdiek zu bedenken, dass Gemeinden im Zuge einer überörtlichen Zusammenarbeit ihre Prioritätensetzungen womöglich noch genauer durchdenken würden. Unterschiedliche Positionen werden bei der Bewertung des kommunalen Mitleistungsanteils deutlich: Während der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes auf die Haushaltsnotlage gerade von Gemeinden in strukturschwachen, dünn besiedelten ländlichen Räumen hinweist und die Möglichkeit der Übernahme des Mitleistungsanteils durch nicht-kommunale öffentliche und private Institutionen einfordert, halten Herr Jasper und Herr Dr. Schweizer an der Notwendigkeit eines Kofinanzierungsanteils durch die Kommunen fest: Gerade diese Anstrengung sichere das Engagement von Kommunen.

„Wir müssen auf einem Grundlevel der kommunalen Mitfinanzierung bestehen, damit das Programm ein Konjunkturprogramm Städtebauförderung bleibt“.

Karl Jasper,

Bündelung von Finanzierungsinstrumenten

Der Bündelung von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen des neuen Förderprogramms besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wird von allen Podiumsteilnehmern begrüßt. Die Förderung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über jährlich zwei Milliarden Euro für die ländlichen Räume bietet einen wichtigen Ansatzpunkt. Eine effektive Abstimmung sei daher geboten. Für Herrn Dr. Schweizer, der die Initiative des Bundesbauministeriums zur Stärkung von Kommunen in ländlichen Räumen sehr begrüßt, liegt eine mögliche Arbeitsteilung auf der Hand: Während er den Schwerpunkt der Städtebauförderung in der Stärkung der Funktion der Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen insbesondere auch als Kristallisationsorte für ihr Umland sieht, liege die Hauptaufgabe der Agrarstrukturförderung stärker in den ländlichen Räumen selbst. Herr Jasper weist auf die Notwendigkeit der Abstimmung in Nordrhein-Westfalen hin: Die von der Europäischen Union geforderte räumliche Abgrenzung von ländlichen Räumen habe in Nordrhein-Westfalen dazu geführt, dass Programmmittel zur Förderung von ländlichen Räumen in den umliegenden Dörfern von drei Großstädten nicht eingesetzt werden könnten. Die oben beschriebene Arbeitsteilung der Agrarstruktur- und der Städtebauförderung werde an diesen Orten somit strukturell behindert.

Herr Dr. Lang und Herr Dr. Schweizer sind sich einig, dass für eine stärkere Bündelung von Programmen



Dr. habil. Dieter Schweizer

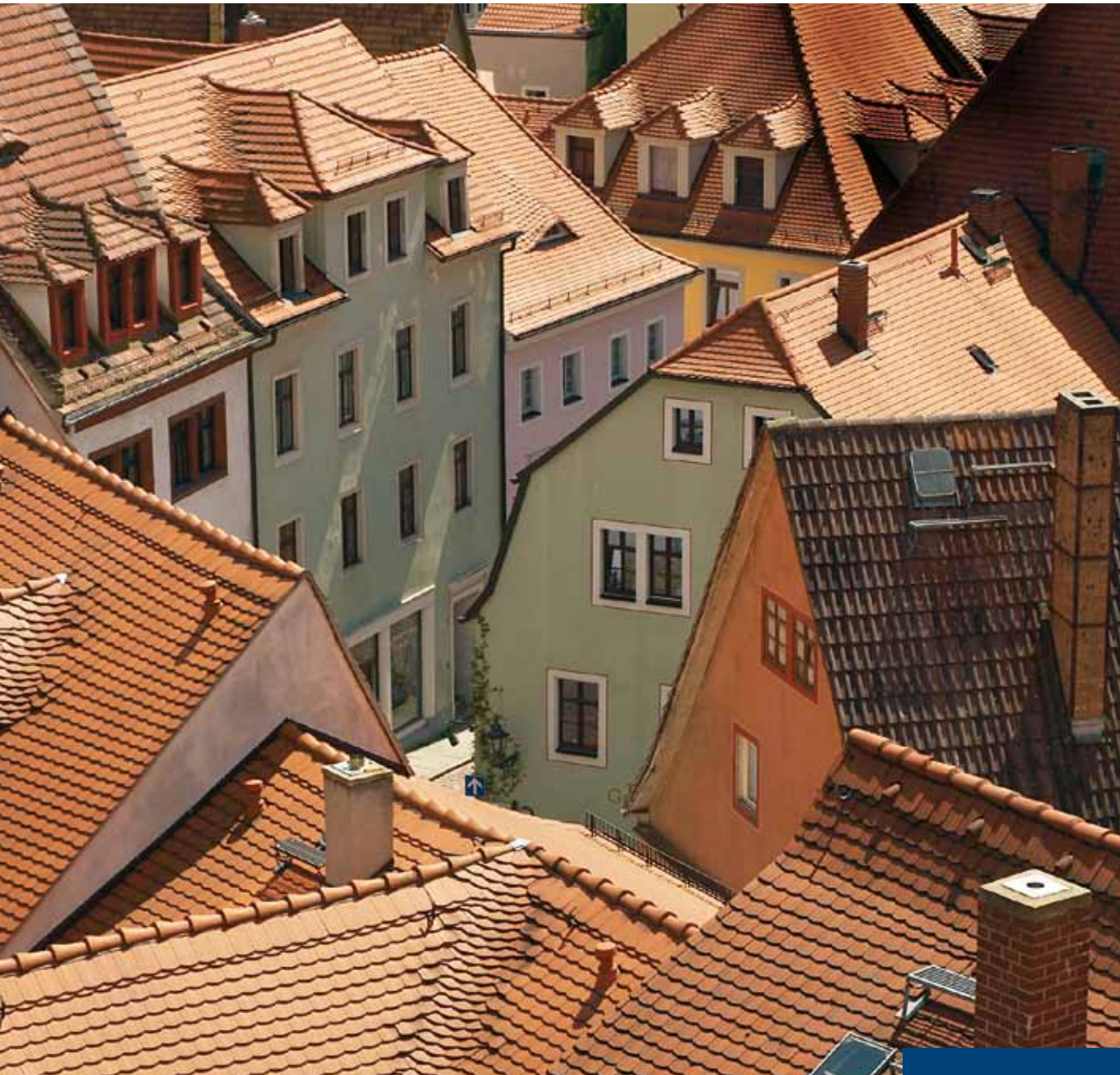
nicht unbedingt weitere Abstimmungsstrukturen in den Ministerien notwendig seien. Diese sog. Interministeriellen Arbeitsgruppen existierten auf Bundes- und vielfach auch auf Landesebene und zielten auf die Abstimmung strategischer Aspekte. Erfolgreiche Bündelung gelinge, das zeigten langjährige Erfahrungen, auf Projektebene, indem lokale Akteure bei der Konzeption von Vorhaben unterschiedliche Förderstränge miteinander vernetzten. Bedingung dafür sei, dass die Förderinstrumente hinreichende Flexibilität zuließen und die Vertreter der Genehmigungsbehörden ermutigt würden, die Akteure vor Ort in ihrer Bemühung der Bündelung zu unterstützen. Flexibilität sei allerdings nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln.

Erkenntnisse aus dem Kongress

Die Podiumsteilnehmer hoben hervor, dass sie vielfältige Erkenntnisse aus den Vorträgen, Interviews und dem Podiumsgespräch für die Stärkung von kleineren Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen gewonnen haben. Herr Jasper betont, dass ihn gerade die Praxisbeispiele mit Ansätzen interkommunaler Kooperation beeindruckt hätten. Weiterhin bestätigte sich bei diesem Kongress die hohe Qualität der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Städtebauförderung und belege, dass diese gemeinsame Philosophie gute Erfolge erziele. Herr Dr. Lang sieht in den Kongressbeiträgen ebenfalls eine Bestätigung für die belastbare Partnerschaft von Bund und Ländern. Die Praxisbeispiele hätten abermals die Bedeutung der einzelnen Menschen vor Ort für den Erfolg von Projekten gezeigt. Auch Herr Düsterdiek sieht in den präsentierten Praxiserfahrungen ein Indiz für die hervorragenden Ergebnisse, die Städtebauförderung in den Kommunen erziele und fordert mit Hinweis auf die am Vormittag von Herrn Dr. Gatzweiler skizzierten besonderen Herausforderungen der ländlichen Städte und Gemeinden, auch in Zeiten der Haushaltskrise den Mittelansatz nicht zu reduzieren. Die vorgestellten Erfahrungen mit Städtebauförderung in interkommunaler Zusammenarbeit belegten zudem die Notwendigkeit der Schwerpunktsetzung im neuen Programm. Herr Dr. Schweizer formuliert als Gesamteindruck, dass das neue Städtebauförderungsprogramm einen wichtigen Beitrag für die Stärkung kleinerer Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen leisten werde. Es sei eine hervorragende Ergänzung zu den Förderaktivitäten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Menschen vor Ort seien die besten Experten ihres eigenen Lebens und müssten daher in die Lösung der Probleme einbezogen werden.

„Ich bin mir sicher, dass das neue Städtebauförderungsprogramm einen wichtigen Beitrag für die Stärkung kleinerer Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen leisten wird.“

Dr. habil. Dieter Schweizer



„Die Zukunft ländlicher Räume ist nicht allein von demografischen Faktoren bestimmt, sondern auch von gesellschaftlichen Wertschätzungen, von Heimatliebe und dem Gestaltungswillen.“

Oda Scheibelhuber

Foto: fotolia

Ausblick

Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin für Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Sie haben diesem Kongress beinahe einen ganzen Arbeitstag gewidmet und auf diesem Wege sehr deutlich die Bedeutung des Themas unterstrichen. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bei Ihnen bedanken – das hilft uns.

Wir haben Ihnen sehr aufmerksam zugehört, hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Städtebauförderung, Ihrer Forderung nach Verstetigung der Fördermittel sowie nach weiterer Flexibilisierung der Programme, dort wo es möglich und notwendig ist. Wir haben mit ganz besonders großem Respekt und Bewunderung von den vorgestellten Praxisbeispielen aus den Kommunen Kenntnis genommen, insbesondere zur überörtlichen und interkommunalen Zusammenarbeit. Ich glaube wirklich, dass bei diesem Thema noch großes Potenzial besteht, das noch ausgeschöpft wird. Der Not gehorchend, weil die Probleme uns zwingen werden, stärker zusammenzuarbeiten, oder aber – und das wäre die bessere Variante – weil mutige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vorangehen und souverän entscheiden, dass das gemeindliche oder das örtliche Interesse nicht an der jeweiligen Orts- oder Gemeindegrenze endet. Ich sehe das als eines der wesentlichen Ergebnisse dieses Kongresses: dass bei diesem Thema noch Potenzial besteht.

Das Thema Städtebauförderung stand bisher – da machen wir uns alle nichts vor – für Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum nicht besonders im Fokus. Zu Unrecht, wie wir meinen. Deshalb war es unser Ziel, mit dem heutigen Kongress das Rampenlicht auf dieses Thema zu lenken, auf die Ergebnisse und Erfahrungen der Wissenschaft und auf die praktischen Beispiele erfolgreicher Maßnahmen der Städtebauförderung in ländlichen Räumen. Das war notwendig und hat zugleich noch einmal den politischen Handlungsbedarf und die Perspektiven für die ländlichen, dünn besiedelten und von der Demografie betroffenen Räume verdeutlicht. Wir wollen als BMVBS auch ganz klar noch einmal unterstreichen, dass wir kein Metropolen-Ministerium sind und es nie waren. Das haben wir in der Vergangenheit vielleicht nicht so deutlich dargestellt. Wir sind für die Metropolen und ebenso auch für die ländlichen Räume da, und ebenso wie Sie kennen wir das Aufeinander-Angewiesen-Sein zwischen ländlichen

Räumen und Metropolen sehr gut. Unsere „Initiative ländliche Infrastruktur“ und in diesem Rahmen das neue Städtebauförderungsprogramm setzen am richtigen Punkt an, um zur Bewältigung des Strukturwandels in den ländlichen Räumen beizutragen. So füllen wir mit unserem Förderprogramm eine Lücke, und all dies, was wir in diesem Rahmen machen, erfolgt in Abstimmung mit dem, was zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium macht. Die heutige Diskussion hat dies noch einmal bekräftigt.

Wie sehen unsere nächsten Schritte aus?

Die aktuellen Sparpläne haben natürlich den gesamten Kongress begleitet. Wir werden, den guten partnerschaftlichen Traditionen folgend, mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam erörtern, welche Folgerungen wir aus den Kürzungen für die Umsetzung der Programme ziehen müssen. Unser Ziel ist es, dass die Förderung von Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen auch weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Politik der Städtebauförderung sein wird.

Wie sieht es mit dem Stand der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung aus? Wir rechnen damit, dass in Kürze alle Länder unterzeichnet haben werden, sodass sie dann in Kraft tritt. Sie wird deutlich mehr Flexibilität bringen – hier ist der Bund erkennbar auf Ihre Forderungen eingegangen. Wenn es aus Ihrer Sicht noch weitere große Hürden gibt, so denken Sie daran, dass Sie auch die Länder als Gesprächspartner haben, um beispielsweise bürokratische Hindernisse abzubauen. Denn wir haben hier in diesem Zusammenhang bei Weitem nicht alles zu bestimmen. Aber es bemühen sich beide Seiten, die Länder und wir, sehr ernsthaft um einen flexiblen Umgang – nach dem Motto, was der Kollege aus dem Landwirtschaftsministerium gesagt hat: Die Menschen haben viele gute Ideen, und wir dürfen sie auf keinen Fall hindern, wir müssen ihnen vielmehr einen fördernden Rahmen geben.

Für das neue Städtebauförderungsprogramm wollen wir uns auf eine Programmstrategie verständigen. Wir haben diesen Weg beim Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ bereits sehr erfolgreich praktiziert. Hiermit werden wir das inhaltliche Profil dieses Programms noch weiter schärfen und uns damit eine



Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin im BMVBS für Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht

gemeinsame Geschäftsgrundlage für die Umsetzung geben. So werden wir beispielsweise konkretisieren, welchen Inhalt das überörtliche, integrierte Entwicklungskonzept haben sollte, wie sehen Mindestanforderungen aus und wo sind Spielräume, die vor Ort, nach den jeweiligen regionalen Gegebenheiten genutzt werden können. Der Bund wird den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden seinen Entwurf in den nächsten Wochen zusenden und in Gesprächen gemeinsam erörtern.

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns fortwährend beschäftigt und auch hier bereits zur Sprache kam, möchte ich ebenfalls noch einmal aufgreifen: die schwierige Haushaltssituation der Kommunen und die Auswirkungen auf die Städtebauförderung. Denn es handelt sich ja gerade um die Städte und Gemeinden, die zugleich Haushaltsnot und meistens auch den größten und dringendsten Bedarf haben, um in ihre Stadterneuerung zu investieren. Doch auf der anderen Seite sind genau sie es, die oft nicht in der Lage sind, ihren Eigenanteil zu erbringen, und so keinen Zugang zur Förderung erhalten. Wir sind uns dieser Problematik sehr bewusst und wir müssen hierfür Lösungen finden. Dennoch muss es auch weiterhin einen gewissen Anteil geben, denn nicht zuletzt fehlt es unter Umständen sonst an der Identifizierung mit der Maßnahme vor Ort. Das zeigen all unsere Erfahrungen in allen Bereichen. Die Städtebauförderung ist eine partnerschaftliche Auf-

gabe von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb ist ein Absenken des kommunalen Anteils oder der Ersatz durch Dritte nicht in allen Fällen so einfach möglich, meine Damen und Herren. Wir haben uns mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden verabredet, im Spätsommer gemeinsam über konkrete Optionen weiterer Erleichterungen für die Haushaltsnot-Kommunen zu reden und sie zu prüfen, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Dies kann der noch weitergehende Einsatz der Mittel Privater oder von Stiftungen an Stelle des kommunalen Eigenanteils sein. Bitte gewichten Sie dieses Thema sehr schwer. Die Stiftungen sind ein wirkungsvolles Instrument mit einer großartigen Tradition. Die Stiftungen kennen auch das Instrument der Bürgerstiftungen mit dem besonderen kommunalen Bezug. Die Stiftungen schaffen Milliarden pro Jahr an Mitteln für kommunale Zwecke, und es ist meiner Ansicht nach an der Zeit, dieses fantastische Instrument bürgerschaftlichen Engagements noch mehr in die Stadtentwicklung einzubringen. In anderen Aufgabenfeldern sind Stiftungen heute schon stärker verankert, wie zum Beispiel im Sozialbereich, der Kultur oder auch der Wissenschaft. Wir haben aber schon eine ganze Reihe von Stiftungen, die bei der Stadtentwicklung mit uns zusammenarbeiten und sich in konkreten Projekten engagiert haben. Eine weitere Möglichkeit ist die Vorfinanzierung des Eigenanteils zum Beispiel durch das Land. Unser Ziel ist es, schon für das nächste Jahr Lösungen zu finden.

Wie sehen darüber hinaus die weiteren Schritte der „Initiative ländliche Infrastruktur“ aus? Wir setzen auf regionale Stärken der ländlichen Räume und auf die Ideen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Zukunft ländlicher Räume ist nicht allein von demografischen Faktoren bestimmt, sondern auch von gesellschaftlichen Wertschätzungen, von Heimatliebe und dem Gestaltungswillen. Was Frau Dr. Beeck gesagt hat: Schrumpfen, aber besser werden – das ist meines Erachtens ein guter Wahlspruch für etwas, das erreichbar ist. Es muss uns gelingen, auch in dünn besiedelten Räumen eine angemessene Grundversorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Kleine Städte und Gemeinden müssen diese Ankerpunkte der Daseinsvorsorge bleiben können, im Interesse vor allem auch der ländlichen Umgebung und im Interesse des grundgesetzlichen Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Vaterland.

Tue Gutes und sprich darüber sollte unser Motto sein, meine Damen und Herren. Aus gegebenem Anlass will ich Ihnen dies deutlich sagen. Immer und oft genug sollten wir gegenüber den richtigen Leuten über das Gute sprechen, das wir tun. Modellvorhaben, Vorhaben der Städtebauförderung, Regionalisierungsmittel – wir müssen dies kommunizieren, um

auch in Zeiten knapper Finanzen noch immer die richtigen Zugriffe zu haben. Es muss auch im Bewusstsein möglichst vieler Menschen und Entscheider sein. Eines der Kernelemente der Initiative wird unser Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ sein. Dies ist ein sehr guter Titel, weil er an dem Potenzial ländlicher Räume ansetzt und nicht an Problemen. Wir werden diesen Wettbewerb noch in diesem Jahr starten. Unser Ziel ist es, die Leistungen vor allem der sich ehrenamtlich engagierenden Bürgerinnen und Bürger sehr deutlich ins Rampenlicht zu setzen. Dieser freiwillige Einsatz ist ja bereits jetzt eine wichtige Stütze und gerade die Menschen in den eher ländlich geprägten Räumen zeigen großes Engagement für die Gesellschaft, für die Gemeinde und die Heimat, in Initiativen, Vereinen und einzelnen Projekten. Meines Erachtens kann sich beim Bürgerengagement die Großstadt oftmals von den ländlichen Räumen noch etwas abschauen; wie wohl natürlich auch in den ländlichen Gebieten die Gefahr besteht, dass die Bindungskräfte abnehmen – sei es durch Pendeln, strapaziös gewordene Berufe, aus vielerlei Gründen. Aber auch angesichts zunehmend enger finanzieller Spielräume öffentlicher Mittel wird dieses bürgerschaftliche Engagement und die Eigeninitiative eine immer wichtigere Unterstützung zur Sicherung der Daseinsvorsorge sein. Ich möchte unterstreichen, was der Kollege aus dem Landwirtschaftsministerium gesagt hat: Es ist in der Tat so, dass die Menschen, die in den ländlichen Räumen leben, gerade angesichts der Überschaubarkeit der Struktur selbstverständlich die besten Experten ihres eigenen Lebens sind. Und die besten Experten maßgeblich in die Lösung von Problemen einzubeziehen, ist sicherlich eine richtige Strategie. Vielleicht brauchen wir alle gerade in den höheren Verwaltungsebenen das Quäntchen Demut, was die Menschen vor Ort auch motiviert, dass sie manche Aufgabe wieder selbst in die Hand nehmen. Ich habe mit den ländlichen Räumen viel zu tun gehabt – und wer sieht, wie sich ein Dorf auf ein Jubiläum vorbereitet, mit einem Festausschuss, der jahrelang im Vorfeld arbeitet, einer eigenen Dorfchronik usw., der weiß, was für Kräfte walten und dass es richtig und wichtig ist, diese Kräfte auch für unsere Belange einzusetzen. Und dass dies ein wichtiger Teil unserer Zukunft ist, so dass diese Zukunft nicht nur als klamme Mittel begriffen wird, sondern dass wir effizienter werden, die Bürgerinnen und Bürger mehr einbeziehen und neue Ideen bekommen werden. Dieses Engagement wollen wir ermutigen und wir wollen es würdigen.

Tue Gutes und rede darüber: Deshalb bitte ich Sie – Sie werden es aus eigener Professionalität und Engagement ohnehin tun – machen Sie so weiter. Arbeiten Sie engagiert weiter an der Zukunft Ihrer Stadt und Ihrer Gemeinde, um diese lebenswert zu erhalten und vergessen Sie nicht, darüber zu reden.

Kommunizieren wir diese Erfolge in der Öffentlichkeit! Und auch der Bund freut sich in dem Zusammenhang darüber, wenn er als wichtiger Partner und Geldgeber genannt wird. Zeigen Sie Ihrem Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis, dass die von ihm im Bundeshaushalt bewilligten Mittel gut eingesetzt worden sind. Er hat oft zu wenig Rückmeldung, und auch die Presse macht kaum deutlich, dass auch der Bund eine wichtige Rolle spielt. Es geht hier nicht um Konkurrenz, sondern darum, im Interesse aller in Zukunft deutlicher zu machen, dass wir es bei der Städtebauförderung mit einem Gemeinschaftswerk zu tun haben, das wir fortsetzen wollen. Die Wahlkreisabgeordneten werden es Ihnen danken. Ich bitte Sie auch: Tauschen Sie sich mit anderen Städten und Gemeinden aus und vergleichen Sie Ihre Lösungsstrategie mit denen anderer. Man kann viel voneinander lernen, und dass Sie das tun, zeigt Ihre Teilnahme beim heutigen Kongress.

Ich bin mir sehr sicher, dass wir mit dem heutigen Kongress in schwierigen Zeiten ein Stück vorangegangen sind. Ich bin sehr angetan, dass wir auf Sie als Partner in schwierigen Zeiten zählen können. Sie können auch weiterhin auf uns zählen, und auch weiter auf die Städtebauförderung. Wir freuen uns über jede weitere Anregung. Schreiben Sie uns, oder wenden Sie sich mit Ihrer Frage gleich im Anschluss an uns.



